Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

28 (2.2.1950)

Visual Library

BADISCHES
VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 28 — Donnerstag, 2. Februar 1950 — Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

„Bratpfannen oder Panzer?"

Wo der Imperialismus herrscht, herrscht Korruption

Westdeutsch-Französischer Handelsvertrag

Gründliches Bombardement auf das Ruhrgebiet . . .

Ministerpräsident Dr. Maier Zentralfigur des Skandals?

Wie sind die Namen der drei Landtagsabgeordneten, deren Immunität aufgehoben werden soll — Jetzt auch ein Fall Dr. Schacht — Die kleinen Nazis wurden auch nach 1945 ein Opfer der großen Nazis

Mannheim. EB. Der Korruptionsskandal der württembergisch-badischen Regierung fördert von Stunde zu Stunde neues Material zutage. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt über den Justizminister beim Landtag die Aufhebung der Immunität von drei Landtagsabgeordneten beantragt. Es ist bezeichnend, daß die Namen dieser drei Abgeordneten nicht bekanntgegeben werden und nun auch erklärlich, warum sich im Landtag gegen die Kommunisten und drei Sozialdemokraten eine Mehrheit gefunden hatte, die über den Korruptionssumpf das Tuch des Grabesschweigens legen wollte.

Es wäre immerhin interessant, ob unter den drei Abgeordneten, gegen die die Aufhebung der Immunität beantragt wurde, sich der Fraktions- und Landesvorsitzende der DVP in Württemberg-Baden, Dr. Haußmann befindet. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen auf dessen jämmerliches Dementi erklärt, daß die gegen ihn erhobenen Behauptungen zutreffend sind. Danach hat also dieser Politiker, der an der Spitze der DVP steht, die 4000 DM für seine Vermittlung bei dem unerhörten Geschäft des Herabsetzens der staatlichen Forderung an jenen Industriellen von 42 320 auf 8000 DM erhalten. Das Wort in Dr. Haußmanns Dementi, 43 320 DM wären für den Industriellen zu „unbillig hoch" gewesen, wird Lügen gestraft angesichts dessen Vermögensangaben von 11 676 000 RM, die ihm auch trotz der Währungsreform unbeschadet erhalten geblieben sind.

Der württembergisch-badische Ministerpräsident Reinhold Maier verliert im Verlauf der Aufhellung der Korruptionsaffäre immer mehr den Schein der Unantastbarkeit. Gegen seinen Ministerialrat Ströle ist inzwischen Strafanzeige wegen Nötigung ergangen. Zu den Skandalfällen „May-Meyer" und „Büro Rapp" hat sich nämlich inzwischen ein weiterer gesellt und dieser heißt „Fall Dr. Hjalmar Schacht."

Ueber die Entnazifizierungskomödie Dr. Schacht's, des Finanziers Hitlers und des zweiten Weltkrieges, und seinen durch den „Rechen-Springen" konnte man sich damals Gedanken machen. Heute steht fest, daß die Angelegenheit so geschoben wurde, daß Dr. Schacht den für ihn „sicherer scheinenden Hafen" Niedersachsen erreichen konnte.

Der Entnazifizierungsskandal in Württemberg-Baden ist ein Sumpf geworden, in dem es unmöglich ist, noch ein festes Ufer zu erblicken. Die Zahl der Fälle ist kaum noch anzuführen. Was aber in jedem einzelnen Fall sichtbar wird, — auch in dem jetzt genannten des ehemaligen stellvertretenden Flüchtlingskommissar Gustav Ascher, — bestätigt, daß sich der Herd des ganzen Uebels im Ministerpräsidium selbst befand. Im einen Fall wurde ein Skandal gedeckt mit dem Hinweis, von „oben ist die Hand drauf", im anderen, „das macht nichts, es geschieht auf ausdrückliche Anweisung des Ministerpräsidenten, er wird es verantworten."

Schriftliche Anmerkungen sind vorhanden mit dem Vermerk Ströhles, „der Ministerpräsident ist damit einverstanden, daß in dieser Angelegenheit nichts weiter geschieht".

„Er wird es verantworten!" Heute steht Ministerpräsident Reinhold Maier vorm Landtag, um zu dieser Riesenkorruptionsaffäre Stellung zu nehmen. Nach Sachlage der Dinge ist er einer der Hauptangeklagten. Er hat zwei Chancen: 1. daß zu viele in die Angelegenheit verwickelt sind, und die dazu ein Mandat im Landtag haben und 2. daß Politiker, die etwas angeschlagen, der Besatzungsmacht gar nicht unlieb sind, denn man kann sie gerade deshalb leicht kneten, so wie man es braucht.

-y.m.-

Geht es um die Aufhebung der Immunität von Dr. Maier, Dr. Hausmann und Kamm?

Stuttgart. (E. B.) Wie wir in letzter Minute vor Redaktionsschluß erfahren, verdichten sich unter den Abgeordneten des Württembergisch-Badischen Landtags die Gründe, die zu dem Schluß führen, daß es sich bei den Abgeordneten, bei denen die Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität beantragt hat, um den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier (er ist als Ministerpräsident gleichzeitig Abgeordneter), um den Vorsitzenden der DVP und Fraktionsvorsitzenden Dr. Haußmann und um den sozialdemokratischen Abgeordneten und früheren Entnazifizierungsminister Kamm handelt.

Metallarbeiter fordern Lohnerhöhung

Stuttgarter Metallarbeiter künden Kampfmaßnahmen an — Die Antwort auf die Preissteigerung: Erhöhung des Reallohnes!

Stuttgart. EB. „Der bestehende Lohntarif für Nordwürttemberg-Baden ist zu kündigen mit der Forderung auf Einbau der bisherigen Teuerungszulage in den ordentlichen Tariflohn und einer zusätzlichen Lohnerhöhung, welche den erhöhten Kosten für die Lebenshaltung Rechnung trägt. Sollten die Unternehmer auf dem Wege der Verhandlung nicht bereit sein, unsere Forderung bis zum Ablauf des Kündigungstermins zu erfüllen, hat die Bezirksleitung mit den Ortsverwaltungen geeignete gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu ihrer Realisierung einzuleiten." So lautet die von der Delegiertenversammlung der Industriegewerkschaft Metall, die 43 000 Metallarbeiter des Industriegebietes Stuttgart vertritt, gefaßte Entschließung.

Die Delegiertenversammlung befaßte sich eingehend mit dem Lohn- und Preisproblem. Einmütig brachten alle Diskussionsredner zum Ausdruck, daß es endlich an der Zeit ist, mit der Böcklerschen Arbeitsgemeinschaftspolitik ein Ende zu machen. Die Parole von der Bekämpfung der hohen Preise müsse ersetzt werden durch den entschiedenen Kampf der Arbeiter gegen die laufende Verschlechterung der Lebenshaltung und für die berechtigten Lohnforderungen der Werktätigen.

Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes gefordert

In einem Antrag an die Ortsverwaltung verlangten die Delegierten der IG Metall, daß eine Betriebsrätevollversammlung einberufen wird, in der zur Realisierung des Mitbestimmungsrechts Stellung genommen werden soll. „Nachdem durch Landtagsbeschluß die Durchführungsverordnung Gesetzeskraft erhielt, müssen alle Antsrengungen unternommen werden, um die personelle, soziale und wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte überall in der Praxis zu verwirklichen."

Sicherung des Mindesturlaubes für 1950

Von dem Bezirksvorstand des DGB und den Industrieverbänden wird verlangt, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um durch einen Landtagsbeschluß die Sicherung und Verlängerung des bisherigen Mindesturlaubs-Gesetzes für das Urlaubsjahr 1950 zu erreichen.

Kritik am Gewerkschaftsorgan „Der Bund"

Sehr scharfe Kritik wurde von den Delegierten am Gewerkschaftsorgan „Der Bund" geübt, weil es vom Erscheinen der ersten Nummer an Artikel mit offen kriegshetzerischer Tendenz veröffentlichte.

Wann nehmen die übrigen Ortsverwaltungen Stellung?

Die von der Stuttgarter Delegiertenkonferenz aufgeworfenen Fragen betreffen die Metallarbeiter des ganzen Landes. Es ist die Frage zu stellen, wann greifen die übrigen Ortsverwaltungen des Metallarbeiterverbandes, voran die in Mannheim, die gleichen Probleme auf? Die Metallindustriellen operieren im ganzen Land gemeinsam auf der Grundlage ihrer industriellen Organisation, und haben, wenn sie sich zu verschiedenen Zeitpunkten an den einzelnen Orten und Industriegebieten mit den Gewerkschaften auseinandersetzen können, alle taktischen Vorteile auf ihrer Seite. Das Vorgehen der Stuttgarter Metallarbeiterdelegierten ist die Mahnung an alle Metallarbeiter in Württemberg-Baden, in der Verfechtung der gemeinsamen gewerkschaftlichen Lebensinteressen nicht säumig zu sein.

10 000 Eisenbahner zu unrecht entlassen

Folgenschwere Entscheidung des Arbeitsgerichts in Kassel gegen Bundesbahn-Direktion

Kassel. (dpa) Das Arbeitsgericht in Kassel hat 81 Entlassungen bei der Bundesbahn für ungültig erklärt und 30 Klagen in Feststellungsklagen umgewandelt. Mit diesem Entscheid hat das Gericht einen Präzedenzfall geschaffen, der zu dem Schluß führt, daß 10 000 Eisenbahner im vergangenen Herbst von der Bundesbahn zu Unrecht entlassen worden sind.

Das Arbeitsgericht, das sich mit einer Klage der Eisenbahnergewerkschaft gegen die Entlassung von Eisenbahnern im Bezirk Kassel befaßte, stellte grundsätzlich fest, daß finanzielle Schwierigkeiten der Bundesbahn nicht als ausreichender Entlassungsgrund anzusehen sind. Massenentlassungen könnten nur vorgenommen werden, wenn alle Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeschöpft seien. Beim Ausbau der Eisenbahnanlagen könnten aber doch zusätzliche Arbeitskräfte verwendet werden. Die Eisenbahner, deren Entlassung für ungültig erklärt wurde, seien zum größten Teil Flüchtlinge und Mittellose, die in den Jahren vor der Währungsreform treu ihren Dienst erfüllt hätten.

Die Eisenbahnergewerkschaft kündigte an, daß sie nach dieser Entscheidung des Arbeitsgerichtes Kassel auch in vielen anderen Bezirken gegen Entlassungen von Eisenbahner klagen will.

Verschleppungstaktik der Metallindustriellen in Hessen

Frankfurt. EB. Die Metallindustriellen in Hessen verschleppen fort und fort die Verhandlungen, die über die von den Metallarbeitern erhobenen Lohnforderungen geführt werden. Sie rechnen wohl, daß mit dem Hinauszögern die Forderung auf Lohnerhöhung zurückgeschraubt werden könne. Das wird ihnen nur so lange möglich sein, als die hessischen Metallarbeiter zaudern, mit Kampfhandlungen zu beginnen.

Bayerns Betriebe streikbereit

München. (E.B.) Nach den Nürnberger Metallarbeitern haben jetzt auch die Betriebsratsvorsitzenden der Münchner Metallarbeiter die in Nürnberg erhobene Forderung auf eine Stundenlohnerhöhung von 30 Pfg. begrüßt und zur eigenen Forderung gemacht. Auf einer Konferenz erntete ein Betriebsratsvorsitzender großen Beifall, als er ausrief: „Die Metallindustriellen haben große Profite gemacht. Wenn sie bei den Verhandlungen nicht nachgeben, dann soll zu geschlossenen Streikaktionen aller Metallarbeiter aufgerufen werden."

Im Streiflicht gesehen

In Dortmund Papageienkrankheit

Dortmund. Das Hamburger Tropeninstitut bestätigte, daß die vor 10 Tagen unter dem Verdacht der Papageienkrankheit in ein Dortmunder Krankenhaus eingelieferten sechs Patienten tatsächlich die Papageienkrankheit — Psittakose — haben. Einer der Kranken ist inzwischen gestorben. Die anderen fünf sind jetzt fieberfrei. Die Aerzte hoffen, daß sie wieder gesunden werden.

Die Papageienkrankheit, die hauptsächlich von südamerikanischen Papageien eingeschleppt wird, ist eine schwer erkennbare Lungentzündung ohne Husten mit rotbraunem Auswurf. Sie ist oft mit Brustfellentzündung, Milzschwellung und anderen Krankheitserscheinungen verbunden.

180 Todesopfer durch Unwetter

Tokio. 18 Todesopfer forderte ein heftiges Unwetter, das am Montag abend über Mitteljapan niederging. Ueber 20 Personen wurden verletzt. Durch den Sturm und durch Ueberschwemmungen wurden über hundert Häuser zerstört oder beschädigt. Zwei Fischerboote sanken bei dem heftigen Seegang. Sieben Fischer werden vermißt.

Flugzeugabsturz

Oslo. Eine Maschine der norwegischen Luftsreitkräfte stürzte in der Nähe des Flugplatzes Vaernes ab. Die dreiköpfige Besatzung des Flugzeuges fand dabei den Tod.

Strenges Winterwetter in Italien

Rom. In weiten Teilen Nord- und Mittelitaliens herrscht seit dem Wochenende Winterwetter mit starkem Schneefall und Schneestürmen. In Triest erreichte ein Schneesturm bis zu 112 Kilometerstunden. Wintersportler aus Rom, die sich am Sonntag in die Berge begeben wollten, blieben unterwegs mit ihren Autos im Schnee stekken. Südlich von Rom sollen Rudel von Wölfen aufgetreten sein. (BBC)

Die „Fidamus" nach Kesselexplosion gesunken

Hamburg. (dpa.) Die Hauptfunktstelle „Norddeich Radio" erhielt am Dienstagabend von dem britischen Dampfer „Romania", der 8 Ueberlebende der gesunkenen „Fidamus" an Bord hat, die Nachricht, daß auf der „Fidamus" der Kessel explodiert ist. Vorher war die Kalisalzladung des Schiffes verrutscht, so daß der Dampfer schwere Schlagseite bekommen hatte. Als in den Maschinenraum Wasser eindrang, flog der Kessel auseinander. Das Schiff sank sofort. Vier Seeleute sind bei dem Schiffsunglück ertrunken.

Mitschurins Lehre und Chinas Aufbau

Peking. Mitschurins Lehren sollen auch der Landwirtschaft Chinas zugute kommen. Eine in Peking gegründete wissenschaftliche Gesellschaft wird in Kürze ihre erste Jahreskonferenz abhalten und einen Plan für das Jahr 1950 aufstellen. (Tass)

Wasserstoffbombe und angelsächsische Heuchelei

„Ich bete zu Gott, daß wir die Bomben niemals gebrauchen müssen", sagte der demokratische Fraktionsführer im US-Senat, Senator Lucas. Wenn sie nicht gebaut würde, wäre man der Notwendigkeit des Gebetes enthoben, aber im gleichen Atemzug, wo dies US-Senator Lucas aussprach, stimmte er für die Herstellung der Wasserstoffbombe.

Die Veröffentlichung der Gefallenenkartei gefordert!

Antrag der KPD im Bundestag — was ist mit den toten Fremdenlegionären?

Bonn. (EB) Die Fraktion der KPD hat im Bundestag beantragt: Um den Familien der 1,5 Millionen ehemaliger deutscher Wehrmachtsangehörigen, deren Tod bisher verschwiegen worden ist, endlich Gewißheit zu verschaffen, wird die Bundesregierung beauftragt, bei der Hohen Kommission Herausgabe der Gefallenenlisten und sämtlicher übrigen Unterlagen zu fordern, die von den USA-Truppen bei der Einnahme von Saalfeld sichergestellt worden sind. Das Nachrichtenblatt der amerikanischen Militärregierung hat im Frühjahr 1946 über die Eroberung dieser Unterlagen durch USA-Truppen berichtet. Nach einer Mitteilung der amerikanisch lizenzierten Zeitung „Der Tagesspiegel" vom 17. Mai 1946 haben diese Unterlagen den schlüssigen Beweis enthalten, daß das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) erstens nicht erst während der letzten Kriegsereignisse, sondern schon seit 1943 die deutschen Verluste verheimlichte und zweitens schon seit jener Zeit die Angehörigen der Gefallenen zum großen Teil nicht mehr benachrichtigt hat.

Die Bundesregierung wird ferner beauftragt, bei dem Hohen Kommissar der Regierung Frankreichs Unterlagen anzufordern über die Zahl der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in die Fremdenlegion überführt worden sind und auf den Schlachtfeldern von Vietnam und Indochina Leben und Gesundheit ließen.

Wer finanziert den Kohlenbergbau?

Bonn. (E. B.) Die KPD-Fraktion im Bundestag hat eine Anfrage an das Kabinett Adenauer gerichtet. Das Kabinett wird befragt, ob es aus Bundesmitteln, d. h. aus Steuergeldern im Zusammenhang mit der 9prozentigen Lohnerhöhung im Steinkohlenbergbau die deutsche Kohlenbergbauleitung mit neuen Zuwendungen unterstützt. Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag Auskunft darüber zu geben, ob im Zusammenhang mit der kürzlich zwischen der deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL) und dem Industrieverband Bergbau vereinbarte 9prozentige Lohnerhöhung im Steinkohlenbergbau die Bundesregierung gegenüber der DKBL Verpflichtungen zur Zahlung von verlorenen Zuschüssen eingegangen ist.

Trumans Herausforderung

Von Willy Grimm

Die amerikanische Atomenergie-Komission hat von Präsident Truman den Auftrag erhalten, die Arbeit an allen Atomwaffenarten fortzusetzen. Zu diesen Arbeiten gehört auch die an der sogenannten Wasserstoff- oder Ueberbombe.

Damit ist eine Entscheidung von weittragender Bedeutung gefallen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erklären sich für das uneingeschränkte Wettrüsten, offenbaren einen alles zerstörenden Vernichtungswillen und nehmen Kurs auf den dritten Weltkrieg. Das ist das Entscheidende dabei. Es zählt wenig, daß die Maßnahme mit pharisäerhaften Beteuerungen, mit Gebeten zu Gott, daß man hoffentlich die Waffe nie gebrauchen müsse, durchgeführt werden. Es zählt auch wenig, ob die zweifellos damit verbundene Bluffpolitik, mit der das führende imperialistische Land den in seine Bahn gezwungenen Trabanten, wie Britannien und Frankreich, das Gefühl einer Stärke nach so vielen Niederlagen suggerieren möchte. Es zählt nicht, welchen propagandistischen Uebertreibungen über den Wert der Wasserstoffbombe und des vermeintlichen technischen Vorsprungs gegenüber der Sowjetunion man sich dabei schuldig macht. Es zählt nicht, ob der Versuch gelingt oder mißglückt, daß die führenden Kreise des USA-Imperialismus ein neues machtpolitisches Erpressungsmittel in die Hand bekommen. Es zählt einzig und allein, daß sie vor der Weltöffentlichkeit dokumentieren, hemmungslos Kurs auf einen neuen Weltkrieg zu nehmen, ungeachtet dessen, was er für die Menschheit bedeutet.

Die Entscheidung Präsident Trumans ist noch nicht einmal überraschend. Jene Kreise, die er in den USA und international vertritt, sehen in der gegenwärtigen Weltlage keinen anderen Ausweg, als den Krieg. Sie sind die Gefangenen des Systems, das sie vertreten, die Hörigen eines Weges, den sie längst beschritten haben. Die Finanzmagnaten in Wallstreet und an der Londoner City, die Monopolisten in Amerika und Westeuropa, die militaristischen Haudegen des Imperialismus können nur noch in der Kategorie „Krieg" denken. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, Harry Pollitt, trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er den Entschluß des amerikanischen Präsidenten Truman als das logische Ergeb-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neue Teuerungswelle in Sicht

Nach der Butter das Schweinefleisch

Stuttgart. (E.B.) Die Erhöhung der Butterpreise wird als Auftakt zu einer neuen Preissteigerung der wichtigsten Bedarfsgüter angesehen. Die nicht ernst zu nehmenden Erklärungen der Bonner zuständigen Stellen, weitere Preissteigerungen seien nicht beabsichtigt, werden durch die neuen Entwicklungen auf dem Preismarkt überlebt.

Nach der Freigabe aus der Bewirtschaftung war vorübergehend die Tendenz des Sinkens der Schweinefleisch- und Zuckerpreise zu beobachten. Inzwischen hat ein starkes Anziehen der Preise für beide Verbrauchsartikel eingesetzt.

Keine Senkung der Schuhpreise

Die Schuhindustriellen erklärten, daß trotz ihrer Absatzschwierigkeiten, Produktionseinschränkungen mit einer Senkung der Schuhpreise nicht zu rechnen sei.

Was ist mit dem Kohlenpreis?

Immer noch verhandelt die Hohe Kommission mit der Deutschen Kohlenverwaltung über den Kohlenpreis. Es soll für Kohle noch ein Krisenzuschlag der Bundesbahn mit 12,5 Prozent aufgeschlagen werden. Die Steigerung des Kohleninlandpreises zieht die Preiserhöhung für alle Bedarfsartikel und Lebensmittel nach sich.

Kein Wunder!

Neues Beamtengesetz eine nazistisch-amerikanische Mischung

Bonn. (E. B.) Das neue Beamtengesetz stellt eine Mischung zwischen dem „deutschen Beamtengesetz" aus dem Jahre 1937, das die Nationalsozialisten erlassen haben, und dem Gesetz Nr. 15 der Militär-Regierung dar. Dies ergab sich auf der Presse-Konferenz mit Bundes-Innenminister Heinemann über das neue Beamtengesetz. Im Beamten-Rechtsausschuß hatten die Vertreter der KPD, SPD, Bayern-Partei und WAV Einsprüche geltend gemacht. Die Vertreter der KPD und SPD stimmten im Beamten-Rechtsausschuß gegen den Entwurf der Regierung, da er in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Beamten und ihrer Gewerkschaften entspricht.

Auch Holland anerkennt Peking

Den Haag. Holland hat im Prinzip die Anerkennung der Pekinger Volksregierung beschlossen, doch ist noch nicht entschieden worden, wann und in welcher Form diese Anerkennung ausgesprochen werden soll. In einem hierzu von der Haager Regierung veröffentlichten Memorandum heißt es, daß der offizielle holländische Standpunkt in dieser Frage in Kürze bekanntgegeben wird. (Reuter)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

nis der bisherigen amerikanischen Kriegspolitik bezeichnet.

Es bedurfte nicht des Entschlusses von Präsident Truman, die Wasserstoffbombe zu bauen, um zu wissen, daß man in den führenden Kreisen der USA, in der Regierung, wie bei ihren republikanischen Opponenten, keinen anderen Gedanken hat, als den, mit welchen Mitteln man angesichts des Scheiterns großsprecherischer Weltherrschaftspläne, des Fiaskos einzelner strategischer Maßnahmen, wie des Marshallpalns, des Atlantikpakts, der Riesenhilfe für Tschiangkaischek, wie man angesichts eines rapiden Macht- und Prestigeverlustes, wieder auf die Beine kommen kann.

Macht man die Niederlage, die die USA, der Weltimperialismus durch die friedliebende Welt erleiden mußte, wett mit Spekulationen auf einen technischen Vorsprung, den man glaubt in der Herstellung von Vernichtungswaffen erringen zu können? Hier liegt ein grundlegender Irrtum vor und die führenden Kreise der zusammenbrechenden kapitalistischen Welt sind nicht mehr in der Lage, nüchtern Bilanz zu ziehen über die Ereignisse der letzten Jahre, die so sehr gegen sie sprechen. Deshalb haben sie den Willen und die Blindheit Hitlers, dessen Vabanquespiel zu wiederholen. Hitler ist es nicht geglückt und man mag in den USA sich noch so klug dünken und sich gegenseitig noch so sehr versichern, wie „klug" ihre Entscheidung ist, die Wasserstoffbombe als das Super-Kriegsmittel zu bauen: man wird scheitern, wie Hitler gescheitert ist, noch schneller sogar. Nicht nur, daß die Menschheit und friedliebende Welt aus Hitlers Aggression gelernt hat, nicht nur, daß der Weltimperialismus unfähig die Verschiebung in dem machtpolitischen und sozialen Verhältnis, das äußerlich als Ergebnis des Frevels Hitlers durch die erzeugte Wachsamkeit und Aktivität der Friedenskräfte in der Welt eingetreten ist, kann man nicht mit Technik, nicht mit Bluff und nicht mit Drohungen den weltgeschichtlichen Prozeß korrigieren.

Trumans Entscheidung ist, wie man bei der UNO glaubt vermerken zu müssen, eine Herausforderung und eine Warnung an die Sowjetunion. Gewiß, das ist sie. Und der Herausforderung wird begegnet und die Warnung verstanden werden. Es ist die Herausforderung an alle Unterdrückten der Welt, es ist die Verkündung, daß ihr Leben in der Rechnung der Kriegsaggressoren nichts zählt. Es ist die Warnung an alle Demokraten und Friedensfreunde, Gegner des Imperialismus, an alle, die nicht Opfer werden wollen, ihre Anstrengungen bedeutend zu steigern, damit die an die Wasserstoffbombe geknüpften Hoffnungen der Kriegstreiber zerschlagen werden und die Welt nicht in ein riesiges Leichenfeld verwandelt wird.

35 Divisionen des Friedens

Pressekonferenz über das Deutschlandtreffen der Jugend

Berlin. (EB) Delegationen aus der Sowjetunion, aus den Ländern der Volksdemokratien, aus der Volksrepublik China, aus Frankreich, Italien, England und anderen Ländern werden an dem großen Pfingstaufmarsch der Jugend in Berlin teilnehmen.

„Wir wissen, daß die anglo-amerikanischen Generäle verzweifelt nach 35 Divisionen in Europa suchen, die bereits sind, für die Amerikaner zu kämpfen, und daß sie auch auf unsere deutschen Jungen kalkulieren," sagte Professor Eisler am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Berlin. „Mehr als 500 000 junge Menschen treffen sich in Berlin, das entspricht in der Sprache der Generäle den 35 Divisionen. Das werden aber 35 Friedens-Divisionen der Jugend sein, die den Krieg haßt, die die Völkerverhetzung haßt, die erzogen wurden und sich selbst erzogen haben im Geiste der Freundschaft der Völker, im Geiste der Humanität, im Geiste des Kampfes gegen alle deutschen Kriegstreiber und die alten reaktionären Ideen." Diese Jugend hilft der Deutschen Demokratischen Republik aufbauen, diese Jugend ist ein Vortrupp im Kampf um die Einheit Deutschlands, im Kampf um ein neues Leben und um eine neue Kultur.

„Bratpfannen oder Panzer?"

Gewerkschaftsjugend verteidigt Antimilitarismus gegen amerikanischen Besatzungssprecher

Frankfurt. (E.B.) Die SVZ Frankfurt veröffentlichte einen Brief des Jugendsekretariats der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik zur Frage der Remilitarisierung. Das Schreiben gibt in seinem ersten Teil die Antwort, warum das Jugendsekretariat an die Oeffentlichkeit zur Verteidigung des Antimilitarismus tritt.

Eine vom Jugendforum Wiesbaden unter dem Thema „Bratpfannen oder Panzer" einberufene Versammlung hatte den Bezirkskommissar der amerikanischen Zivilverwaltung, Mr. Sola, veranlaßt, mit dem Vorsitzenden des Jugendforums eine Unterredung zu führen, deren Ergebnis unter der Gewerkschaftsjugend eine starke Empörung hervorgerufen hat.

Wir entnehmen dem Brief des Jugendsekretariats folgende Darstellung:

„Mister Sola erklärte u. a., das Vorhaben des Forums, nämlich die Beeinflussung der Oeffentlichkeit gegen eine Remilitarisierung sei nicht gerade sehr geschickt, denn

1. Westdeutschland sei gezwungen, eine Armee zu stellen, um einmal ihre Demokratie verteidigen zu können, wenn die Amerikaner abziehen sollten.

2. Außerdem würde eine 2—3jährige Wehrdienstpflicht förderlich für die Erziehung der deutschen Jugend sein.

3. Aus einer Armee kämen die besten Beamten hervor.

Diese Aeußerungen haben bei dem Vorsitzenden des Jugendforums, der einen Zeugen bei sich hatte, einen Schock hervorgerufen, den sich jeder vernünftig denkende Deutsche vorstellen kann.

Die Jugend der Gewerkschaft Chemie — und wir sind uns darüber klar, daß uns alle anderen jungen und alten Gewerkschaftler zustimmen — nimmt mit tiefstem Bedauern von einer derartigen Stellungnahme einer offiziellen amerikanischen Persönlichkeit (auch wenn sie die persönliche Meinung des Mister Sola darstellen sollte) Kenntnis. Seit Wochen und Monaten bekämpfen wir Gerüchte und Bestrebungen, die eine neue Wehrmacht fördern, auf das entschiedenste, und nun werden von einem Amerikaner (die nach ihren eigenen Worten ins Feld gezogen sind, um uns vom Nazismus und Militarismus zu befreien) derartige Aeußerungen laut.

Wir wiederholen noch einmal unsere Forderung, hinter der Tausende junger Menschen stehen, daß wir uns durch keine Maßnahme, durch keinen Terror und durch keine systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung jemals wieder für eine Wehrmacht begeistern lassen.

Wir sind keine Pazifisten aus Feigheit, vielmehr hat das grauenhafte Erlebnis des Krieges mit all seinem Schrecken den größten Teil von uns jungen Menschen gelehrt:

Der Krieg ist das schlechteste Mittel, irgend eine Umgestaltung vorzunehmen. Es ist eine Bankrott-Erklärung der politischen Fähigkeit eines Landes, wenn es einen Krieg vom Zaune bricht."

Gründliches Bombardement auf das Ruhrgebiet . . .

. . . wenn der heiße, blutige Krieg auf dem deutschen Kriegsschauplatz folgt

Herr Volney Dr. Hurd, Direktor des Pariser Nachrichtenbüros der amerikanischen Zeitung „Christian Science Monitor" (Christlich-wissenschaftlicher Ratgeber) berät die französischen Monopolisten und ihre Politiker von der „dritten Kraft" im „christlich wissenschaftlichen" Geiste. Das sieht so aus:

Sie sollten statt der Aufrüstung Westdeutschlands durch die westlichen Alliierten die Aufrüstung Westeuropas durch die Ruhrindustrie fordern, sagt Dr. Hurd. Wenn dann dem antikommunistischen „kalten Krieg" der heiße, blutige Krieg auf dem deutschen Kriegsschauplatz folgt, brauchten sie keine Furcht zu haben, daß die Rüstungsindustrie des Ruhrgebietes unversehrt in die Hände der Russen fallen würde. Der „christliche" Herr Hurd hat mit „wissenschaftlicher" Nüchternheit alle Vorsichtsmaßnahmen für diesen Fall ausgeklügelt. Er fordert, daß:

„jede dem Gegner nützliche Einrichtung grundsätzlich für völlige Zerstörung mittels Sprengung durch einen Druck auf den Knopf vorbereitet sein muß, und daß dies automatisch auf die Ruhrindustrie selbst dann Anwendung zu finden hat, wenn sie lediglich mit Friedensproduktion befaßt ist. Falls sie aber Waffen in Halb- oder Fertigerzeugnisse herstellt, hätten diese, nachdem sie einmal in die Luft gesprengt worden sind, vermutlich keinen Wert für die Russen. Die Sprengung könnte auch durch die Hohen Kommissare ausgelöst werden, wenn ein neuer Hitler zur Macht kommt. Und selbst wenn die Sprengung sabotiert werden würde, könnte ein sofortiges gründliches Bombardement der unverteidigten Werke durch alliierte Bomber schnell eine wirkungslos gebliebene Sprengung ersetzen."

Die systematische Zerstörungstheorie, die die deutschen Faschisten in der Sowjetunion so gründlich betrieben haben, daß die deutschen Kriegsgefangenen in fünf harten Jahren Wiedergutmachungsarbeiten leisten mußten (ohne allerdings die Millionen Gemordeten wieder zum Leben erwecken und alle die vernichteten Milliardenwerte wiederherstellen zu können), soll also im Herzen Deutschlands weitergeführt werden. Was kümmert es dabei die Imperialisten und ihre „christlich" und „wissenschaftlich" getarnten Agenten, daß dabei Millionen Menschen den „gründlichen Bombardements" zum Opfer fallen?

Christentum heißt Nächstenliebe —, aber wer zum Kriege hetzt und am Kriege verdient, kann nur wider seinen Nächsten Politik treiben, und eine solche Politik kann nicht den Interessen des deutschen Volkes dienen, das durch Krieg nichts zu gewinnen aber alles zu verlieren hat. W.F.C.

Westdeutsch-Französischer Handelsvertrag

Eine wirtschaftspolitische Niederlage der Adenauer-Regierung

Bonn. (E.B.) Ueber den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Westdeutschland wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die westdeutsche Wirtschaft und vor allem die westdeutsche Landwirtschaft durch dieses Abkommen schwer geschädigt werde. Das Kabinett Adenauer hat völlige Einfuhrfreiheit für Südfrüchte und eine Erhöhung der Kontingente für Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse zugelassen. Auf industriellem Gebiet kann Frankreich frei nach Deutschland u. a. ätherische Öle, Leime und Hanfgarn, Maschinen aller Art, Lastkraftwagen, Phosphore, Erzeugnisse der Eisen schaffenden Industrie und Furniere einführen.

Der Umfang des beiderseitigen Warenaustausches wird für sechs Monate mit 550 bis 630 Millionen D-Mark angegeben. Der größte Ausfuhrposten Westdeutschlands ist Kohle mit 150 Millionen D-Mark und 21 Millionen D-Mark für elektrischen Strom. Maschinenersatzteile, chemische und andere Rohstoffe und Holzfabrikate bilden weiter die Hauptbestandteile der deutschen Ausfuhr.

Das Kommuniqué stellt weiter fest, daß die voraussichtliche Höhe des Warenaustausches sich nicht mit Bestimmtheit voraussagen läßt, da für die Praxis die noch zu ergreifenden Einfuhrfreiheitsmaßnahmen noch nicht abzusehen sei. „Immerhin läßt sich voraussagen, daß sich die französischen Ausfuhren schneller entwickeln werden, als die deutschen" heißt es im Kommuniqué wörtlich. Der Vertreter Frankreichs, Botschafter Alphand, soll nach Presseberichten eine Verdoppelung der französischen Ausfuhren nach Deutschland, vor allem von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, angekündigt haben.

Aus Kreisen der in Bonn tätigen Wirtschafts-Journalisten wird der Abschluß dieses Handelsvertrages dahingehend gedeutet, daß Adenauer nach der außenpolitischen Niederlage nun auch noch eine wirtschaftspolitische durch Frankreich einstecken mußte. Die westdeutsche Landwirtschaft und die westdeutsche Fertigwarenindustrie wird ebenso wie durch das Marshallplan-Abkommen zwischen Westdeutschland und Amerika keinen Nutzen, sondern erheblichen Schaden haben. Verstärkung der Arbeitslosigkeit ist in diesen Wirtschaftszweigen zu erwarten.

Wo der Imperialismus herrscht, herrscht Korruption

Ausdruck des verfaulenden Systems

Daß die Korruption einer der entscheidenden Gründe für die Niederlage der Kuomintang war, wird sogar im amerikanischen Weißbuch über China besonders hervorgehoben. Korruption herrschte aber nicht nur im China Tschiang Kai-Scheks. Korruption herrscht auch in Indochina, wie dies die Enthüllungen im Skandal Revers-Mast im französischen Parlament vor wenigen Tagen offenbarten. Weil so viele einflußreiche französische Politiker in diese Korruptions-Affäre verwickelt sind, haben es die Mehrheitsparteien verhindert, daß die Kommunisten als die stärkste Partei in dem zur Untersuchung eingesetzten Parlamentsausschuß vertreten sind.

Aber Korruption herrscht auch dort, wo die Amerikaner regieren. Die „New York Herald Tribune" vom 28. Januar 1950 ist entsetzt darüber, daß auf den Philippinen seit der Niederlage der Japaner Heeresgut im Werte von zwei Milliarden Dollars „verloren, verlagert oder gestohlen wurde" und daß die Diebstähle jede Woche etwa 500 000 Dollar betragen. Diese hätten ein solches Ausmaß angenommen, schreibt das Blatt weiter, daß nicht nur die Filippinos hierfür zur Verantwortung gezogen werden können, sondern daß auch amerikanische Offiziere in diese Angelegenheit verwickelt sind. Gestohlen wurde alles mögliche. Am meisten empört ist die „New York Herald Tribune" darüber, daß eine sogenannte „Tankfarm" mit 17 Oeltankern, die als Flugplatz benutzt wurde, samt einer Oel-Rohrleitung über Nacht verschwunden ist und niemand weiß, wohin diese Anlage gekommen ist.

Diese Korruptionserscheinungen sind keine Einzelfälle. Sie kommen überall vor, wo der Imperialismus herrscht. Sie sind ein Beweis für das Stadium höchster Verfaultheit, in die das imperialistische System geraten ist.

Jagd auf Abg. Lehmann

Hochkommissare: Deutsches Recht gilt nicht

Bonn. EB. Auf Grund der Anfrage des niedersächsischen Landtagspräsidenten Olfers erklärten alliierte Kreise, daß die Immunität von Abgeordneten deutscher Parlamente nur gegenüber der deutschen Gesetzgebung gilt. Alliierte Gerichte können diese Immunität nicht berücksichtigen.

Die fieberhafte Jagd auf den Abgeordneten Robert Lehmann, der auch neuerdings nicht vor dem britischen Gericht erschien, geht also weiter. Die britische Polizei ist angewiesen, Lehmann festzunehmen, auch wenn er sich auf seine Immunität berufen sollte. Bis jetzt gelang es nicht, Robert Lehmann aufzufinden, obwohl die britische Militärmacht alle Mittel in Bewegung setzt, um dieses aufrechten Kämpfers gegen die Demontagen habhaft zu werden.

Um unser Volk mit neuer Schuld zu belasten

Hat das deutsche Volk aus der Hitler-Aggression die Lehren gezogen?

Den Nimbus, unschlagbar zu sein, hatte sich die Armee der faschistischen Gewaltherrscher in den ersten beiden Jahren des zweiten Weltkrieges in Polen, Frankreich und im übrigen Westen erworben. Nach der verlorenen Schlacht um Moskau war es damit aus. Als aber am 2. Februar 1943 die 6. Armee bei Stalingrad kapitulierte, hatte der Faschismus die entscheidende Niederlage erlitten, die zur Vernichtung seiner militärischen Kraft führte. 240 000 Tote, 91 000 in Kriegsgefangenschaft, das war die Bilanz aus dem Kessel von Stalingrad. An diesem 2. Februar 1943 wurde die Befreiung der Völker Europas von den faschistischen Gewalthabern entschieden. Auch die Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Diktatur begann bei Stalingrad.

Man sollte annehmen, daß es über diese Erkenntnisse keine Meinungsverschiedenheiten gibt, daß sie zum Allgemeingut des ganzen deutschen Volkes geworden sind und daß das deutsche Volk sich mit diesen Dingen immer wieder beschäftigt, um daraus seine Lehren zu ziehen. Wenn das deutsche Volk aus seiner Geschichte die notwendigen Lehren gezogen hätte, vor allem aber aus der Hitler-Aggression, dann wäre es unmöglich, daß westdeutsche Politiker wieder die Vorbereitung eines Krieges sich zum Ziel setzen können. Dann würden Aeußerungen, wie z. B. die des Bundesjustizministers Dr. Dehler in Hamburg, einen Sturm der Entrüstung der westdeutschen Bevölkerung auslösen.

Dehler hat seine Rede nicht widerrufen. Er machte es sich billig, und behauptete, die Presse habe gewisse Stellen seiner Rede entstellt wiedergegeben. Offiziell wurde erklärt, daß zwischen Adenauer und Dehler keine Differenzen bestehen, und an den Hochkommissar Francois-Poncet schrieb Adenauer, daß die Schlußfolgerungen, zu denen gewisse Teile dieser Rede führen könnten, mit der politischen Grundeinstellung des Herrn Dr. Dehler nicht übereinstimmen. Demnach hätte also Dehler gegen seine Ueberzeugung behauptet, von Deutschland sei seit Friedrich II. keine Aggression ausgegangen und Frankreich trage am ersten Weltkrieg ebensoviel Verantwortung wie Deutschland. Man muß schon gestatten, daß wir die Rede selbst und nicht ihr Nachspiel ernst nehmen. Der Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aus dem Jahre 1923 und heutige Justizminister der Bonner Separatregierung, Dr. Dehler, ist mit vielen Wassern gewaschen. Außerdem ist er Jurist, der jedes Wort sehr wohl zu wägen weiß. Man hat also alle Ursache, die Rede des Dr. Dehler ernst zu nehmen.

In dem Brief des französischen Hochkommissars, in dem er sich bei Konrad Adenauer über die Rede des Bundesjustizministers beklagt, heißt es:

„Indem Dr. Dehler schließlich für das Hitler-Regime eine Art nachträglicher Entschuldigung findet, scheint er die Verbrechen vergessen zu haben, die dieses Regime begangen hat."

Die Frage ist dabei: Was hat Dehler eigentlich mit dieser Reinwaschung des Hitlerismus bezweckt? Wenn man nämlich einen neuen Krieg vorbereitet, muß man für die vergangenen Kriege nach einer Rechtfertigung suchen, und das tat Dr. Dehler. Er reiht sich damit in die Front der Hedler, Remer, Feitenhansl usw. ein.

In seiner Rede auf der Tagung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien über die Verteidigung des Friedens und den Kampf gegen die Kriegstreiber, sagt Genosse Suslow:

„Statt eine Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands, stellen die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs die Rüstungsindustrien Westdeutschlands wieder her, stellen sie die dominierenden Positionen der reaktionären Monopole, des Junkertums und der militaristischen Elemente wieder her, die früher eine Stütze des deutschen Imperialismus und des Hitlerfaschismus waren. Zugleich hintertreiben sie in jeder Weise die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, in dem Bestreben, die zeitweilige Besetzung zu einer ungeteilten Kolonialherrschaft in Westdeutschland zu machen."

Den hier aufgezeigten Zielen dient auch die Rede des Dr. Dehler. Indem er das deutsche Volk davon abhalten will, die imperialistische Raubpolitik der politisch herrschenden Schicht in Deutschland, der Schwerindustrie, zu erkennen, versucht er den Eindruck zu erwecken, als ob Deutschland von aller Schuld frei sei. Die Absicht aller Kriegstreiber aber ist es, es mit neuer Schuld zu beladen und es mit verantwortlich zu machen für einen dritten Weltkrieg, den man gegen die Sowjetunion vom Zaune brechen möchte.

Der Tag von Stalingrad sollte in ganz Deutschland den Willen der friedliebenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen um den Frieden zu erkämpfen. Er sollte auch den tiefen Wunsch der Freundschaft für immer mit der führenden Macht im Lager des Friedens, der Sowjetunion, bekunden. Die Sowjetunion hat sich immer wieder dafür eingesetzt, daß die deutsche Einheit wiederhergestellt wird, daß man in Deutschland einen gerechten Frieden schließt und die Besatzungstruppen aus Deutschland abzieht. Sie hat die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik gefördert und ihr Souveränität gegeben. In der Freundschaft zur Sowjetunion und im Kampf für den Frieden liegt der Weg in eine glückliche Zukunft für das deutsche Volk.

In einem Aufruf der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft heißt es am Schluß:

„Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend! Bekundet am Stalingrad-Tag unsere Entschlossenheit, den Frieden zu verteidigen und entgegen den verbrecherischen Kriegsabsichten der Imperialisten unsere Freundschaft mit der Sowjetunion zu stärken. Festigt in diesem Kampf die Nationale Front des demokratischen Deutschland für den Sieg der Einheit unseres Vaterlandes und die Erhaltung des Friedens."

Tito fällt über zwei Bulgaren Todesstrafe

Proletarischer Internationalismus in Jugoslawien unter faschistischem Terror

Sofia. In dem Prozeß der Belgrader Tito-Faschisten gegen zwei bulgarische Staatsbürger und sechs jugoslawische Patrioten wurden zwei Todesurteile gegen die Bulgaren Spasowsk und Ljorowski ausgesprochen. Die anderen Angeklagten wurden zu Zwangsarbeit von 5 bis 30 Jahren verurteilt.

So hat Tito es gewagt, die schärfste Strafe zu verhängen über Menschen, deren einziges „Verbrechen" es ist, dem proletarischen Internationalismus und der Freundschaft mit der Sowjet-Union treu geblieben zu sein. Das muß alle demokratischen Kräfte in der Welt anstacheln, ihre Protestaktionen gegen den faschistischen Tyrann in Belgrad zu verstärken, den jugoslawischen Patrioten in ihrem Kampf gegen die Bande von Mördern und Spionen, die ihr Land regiert, zu helfen.

Die Dollar des Verrates

Paris. Die internationale Bank (unter amerikanischer Leitung) meldet, daß der Kredit von 2 700 000 Dollar, der am 17. Oktober letzten Jahres vereinbart wurde, nunmehr an Tito gewährt worden ist.

Schulen in Kasernen verwandelt

Sofia. Die bulgarische Zeitung „Rabotnitschesko Djelo (Arbeitersache) meldet, daß in dem Gebiet von Tsaribrod in Jugoslawien von zwölf bestehenden Schulen fünf geschlossen worden sind. Sie werden jetzt als Kasernen benutzt. Gleichfalls ist das Gymnasium von Tsaribrod von der Schließung bedroht. Ein großer Teil der Schüler ist verhaftet und in die Gefängnisse geworfen worden. Die kommunistisch eingestellten Lehrer wurden entlassen und durch ehemalige Nazi-Kollaborateure, die jetzt wieder nach Jugoslawien zurückgekehrt sind, ersetzt.

Amnestie für Verräter

Sofia. Das Stimmrecht bei Wahlen ist in Jugoslawien an 70 000 Personen wieder zurückgegeben worden, die 1945 ihre Bürgerrechte wegen Zusammenarbeit mit dem Feind verloren haben.

Großsammlung beschlossen

Frankreichs Werktätige solidarisch mit den Hafenarbeitern

Paris. (EB) Die demokratischen Massenorganisationen in Paris haben beschlossen, unter der Bevölkerung der Hauptstadt eine Großsammlung für alle Hafenarbeiter durchzuführen, die sich weigern, Kriegsmaterial zu löschen. Die Arbeiter und Angestellten der Betriebe in Ivry sind diesem Beschluß bereits gefolgt und haben eine Sammlung für die Hafenarbeiter von St. Nazaire durchgeführt, um sie in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens zu unterstützen.

Terror an der Goldküste

Berlin. (EB) Britische Kolonialpolizei trieb am Montag in Jakobu (Goldküste) die Teilnehmer einer Demonstration, die die sofortige Einführung der Selbstverwaltung für die Goldküste forderte, mit Waffengewalt auseinander. Drei Demonstranten wurden getötet und fünf verletzt.

Bauern der CSR fordern Frieden

Prag. (EB) Die sofortige Einstellung des Wettrüstens, das Verbot der Anwendung der Atombombe und die unverzügliche Beendigung der Kolonialkriege in Indonesien, Malaja und Vietnam forderten die tschechoslowakischen Bauernverbände auf einer gemeinsamen Tagung mit Vertretern der landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften. Die Tagungsteilnehmer verlangen in ihrer Resolution außerdem die Beendigung des Terrors gegen die Werktätigen in Italien und gegen die Freiheitskämpfer in Griechenland und Franco-Spanien.

Telefonarbeiterstreik in USA angekündigt

New York. (EB) Etwa 100 000 Arbeiter und Angestellte der „American Telefone Compagnie" werden am 8. Februar in den Streik treten, nachdem alle Verhandlungen über die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten zwischen Vertretern der Gewerkschaft und der Direktion der Telefon-Gewerkschaft ergebnislos verlaufen sind.

Nur noch ein hungriger Blick in die Schaufenster

Auf dem Papier sieht es sehr schön aus, dieses Deutschland, wo die freie Unternehmer-Initiative herrscht, wo die Lebensmittel nicht rationiert sind und wo Treibstoff frei zu haben ist. Das ist so ein glänzender, verführerischer Kontrast zu unserer grauen Eintönigkeit. Hinter diesem Glanz jedoch ist die Wirklichkeit nicht so schön. Gestern gab die Regierung in Bonn bekannt, daß die Zahl der Arbeitslosen in den ersten 14 Tagen des Jahres 1950 um 224 673 zunahm. Das ergibt eine Gesamtsumme von 1 783 142 bei einer arbeitenden Bevölkerung, die kleiner als die englische ist. Seit die Beschränkungen abgebaut wurden, hat die Arbeitslosigkeit um 300 Prozent zugenommen . . .

Mit den niedrigsten Löhnen in Westeuropa, mit Ausnahme von Franco-Spanien, wird der Anteil dieser Menschen an den schönen Dingen, die jetzt angeblich für alle frei sind, nicht mehr sein, als ein hungriger Blick in die Schaufenster.

„Reynolds News", London.

Sabotageakt gegen die Berliner S-Bahn

Berlin. (EB) Eine großangelegte Sabotageaktion wurde in der Nacht zum Dienstag gegen die S-Bahn in Westberlin gestartet. Fachleute erklären dazu, daß durch diese Sabotageakte der gesamte Eisenbahnverkehr gefährdet werde und daß bei einer Wiederholung derartiger Vorgänge auch die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung in Frage gestellt sei.

Italien hatte 1171 Streiks in zehn Monaten

Rom. (EB) Die italienischen Werktätigen führten in den ersten zehn Monaten des Vorjahres 1171 Streiks durch. Insgesamt wurde in 182 984 Betrieben der Industrie und Landwirtschaft gestreikt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das schmutzige Geschäft mit den Kriegsgefangenen

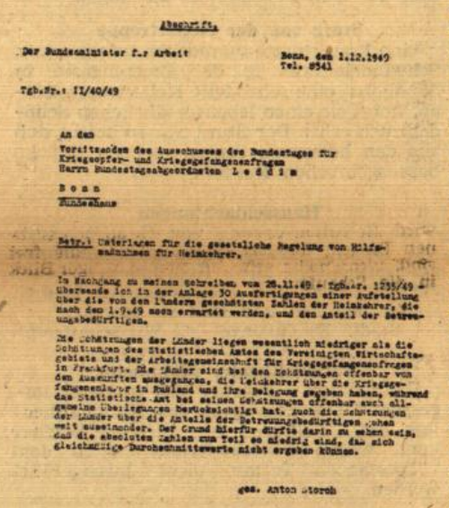
Mit der Lüge von der unmenschlichen Behandlung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion ist es vorbei. Die Heimkehrer berichten das Gegenteil. Ihr Leben war harte Arbeit, aber die Sowjetunion entlohnte sie nach ihren Leistungen. Je mehr sie die Verwüstungen überwinden konnten, die Hitlers Armeen angerichtet hatten, desto besser wurden die Kriegsgefangenen versorgt.

Aber die interessierten Kreise haben das unsaubere und gemeine Spiel mit den deutschen Kriegsgefangenen noch nicht aufgegeben. Wir werden in diesem Artikel eindeutig nachweisen, daß es ein Spiel ist, von dem sie selbst wissen, daß sie falsch spielen. Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß wir damit etwa den verleumderischen Hetzern, zum Beispiel von der sogenannten „Kriegsgefangenen-Hilfe der SPD" oder gar ihren Auftraggebern selbst, das Handwerk legen könnten. Nein, die Kriegstreiber und ihre Agenten werden mit dem Gehabe eines Biedermannes immer wieder ihre Lügen wiederholen, (und neue dazu erfinden) obwohl sie selbst von einem ihrer eigenen Regierungsorgane, in diesem besonderen Falle von dem Bundesminister für Arbeit und von den entsprechenden Länderbehörden widerlegt wurden. Auch die Bundesregierung selbst wird in ihrer verleumderischen Hetze gegen die Sowjetunion fortfahren, weil sie diese Hetze nötig hat. „Was ist Wahrheit", fragen diese Herren und waschen ihre Hände in Unschuld.

Selbst Männer wie Pastor Niemöller, Propst Grüber und Dr. Dibelius müssen sich kritisieren und verleumden lassen, wenn sie die Wahrheit sagen. Ob Wahrheit oder nicht, sagten ihnen die Kriegstreiber, sie hätten ihrer (der Kriegstreiber) eigenen Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Denn die Wahrheit, die sie sagten, hatte der Völkerverständigung und dem Frieden gedient und der verleumderischen Hetze von den „Konzentrationslagern" in der Deutschen Demokratischen Republik den Boden entzogen. Die sogenannte „Gefangenenhilfe der SPD" und ihr Leiter, Hans Stephan, brauchten von den Kriegstreibern noch nie zur Ordnung gerufen, kritisiert verleumdet zu werden, denn sie haben noch nie die Wahrheit gesagt.

Auskünfte der Heimkehrer stehen gegen „allgemeine Überlegungen"

Unter dem Datum vom 1. 12. 1949 gibt der Bundesminister für Arbeit, Anton Storch, „Unterlagen für die gesetzliche Regelung von Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer" bekannt.



Abschrift.

Der Bundesminister f.r Arbeit — Bonn, den 1.12.1949 Tel. 8541

Tgb.Nr.: II/40/49

An den
Vorsitzenden des Ausschusses des Bundestages für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen
Herrn Bundestagsabgeordneten L e d i g
Bonn
Bundeshaus

Betr.: Unterlagen für die gesetzliche Regelung von Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer.

In Fortsetzung zu meinem Schreiben vom 26.11.49 - Tgb.-Nr. 1755/49 - übersende ich in der Anlage 30 Ausfertigungen einer Aufstellung über die von den Ländern geschätzten Zahlen der Heimkehrer, die nach dem 1.9.49 noch erwartet werden, und den Anteil der Betreuungsbedürftigen.

Die Schätzungen der Länder liegen wesentlich niedriger als die Schätzungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen in Frankfurt. Die Länder sind bei den Schätzungen offenbar von den Auskünften ausgegangen, die Heimkehrer über die Kriegsgefangenenlager in Rußland und ihre Belegung gegeben haben, während das Statistische Amt bei seinen Schätzungen offenbar auch allgemeine Überlegungen berücksichtigt hat. Auch die Schätzungen der Länder über die Anteile der Betreuungsbedürftigen gehen weit auseinander. Der Grund hierfür dürfte darin zu sehen sein, daß die absoluten Zahlen zum Teil so niedrig sind, daß sich gleichmäßige Durchschnittswerte nicht ergeben können.

gez. Anton Storch

„. . . übersende ich in der Anlage 30 Ausfertigungen einer Aufstellung über die von den Ländern geschätzten Zahlen der Heimkehrer, die nach dem 1. 9. 1949 noch erwartet werden, und den Anteil der Betreuungsbedürftigen.

Die Schätzungen der Länder liegen wesentlich niedriger als die Schätzungen des Statistischen Amtes des vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen in Frankfurt. Die Länder sind bei den Schätzungen offenbar von den Auskünften ausgegangen, die Heimkehrer über die Kriegsgefangenenlager in Rußland und ihre Belegung gegeben haben, während das Statistische Amt bei seinen Schätzungen offenbar auch allgemeine Ueberlegungen berücksichtigt hat."

Worin wohl die „allgemeinen Ueberlegungen", die bei den Schätzungen des Statistischen Amtes eine Rolle spielten, bestanden haben. Sicher spielte dabei der Auftrag eine Rolle, der die westdeutschen Vertrauensleute der imperialistischen Kriegstreiber bindet und in breiter Front, die von dem Zentralorgan der SPD „Neuer Vorwärts" bis zu dem politischen Organ des deutschen Monopolismus „Die Zeit" reicht, publizistisch vertreten wird.

Diesem Auftrag dient auch, trotz der Feststellungen des Bundesarbeitsministers, die Bonner Separat-Regierung. „Die Zeit" vom 15. 1. 50 berichtet:

„Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung beschreiten jeden denkbar erscheinenden Weg, lassen 5 Millionen Karteikarten drucken, um eine neue, zentrale Registratur aller noch vermißten aufzubauen, ersuchen die Hohen Kommissare um Intervention ihrer Regierungen."

In demselben Artikel hetzt dieses Blatt mit der bekannten alten faschistischen Unverfrorenheit gegen die Sowjetunion und wärmt sogar die faschistische Lüge über Katyn wieder auf. Bekanntlich haben die Nazis bei Katyn tausende polnischer Offiziere erschossen und in Massengräbern verscharrt. Sie haben diesen bestialischen Massenmord dann den Soldaten der Roten Armee zuzuschieben versucht, und heute wagen es die „demokratischen" Blätter, wie „Die Zeit", unverfrorene Fragen zu stellen, wie z. B. diese:

„Oder will Stalin Katyn, den Massenmord an der polnischen Elite, nnun in anderer Form an den Deutschen wiederholen um unseren Wiederaufbau zu lähmen?"

(„Die Zeit". 19. 1. 1950)

Was will „Die Zeit" wiederaufbauen?

Von welchem „Wiederaufbau" spricht überhaupt dieses Blatt. Die Aufstellung des Bundesministers für Arbeit ergibt, daß nach den Berichten der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein 80 von 100 Heimkehrern arbeitslos bleiben. In Hohenzollern sind es 66, in Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz 50 von 100. Also für die westdeutsche Industrie bedeuten die Heimkehrer lediglich eine Verstärkung der Reservearmee, der rund zwei Millionen Erwerbslosen. „Die Zeit" aber kennt die Verlautbarung der Sowjetunion, nach der die abgeurteilten Kriegsverbrecher nicht vor Verbüßung ihrer Strafe nach Hause kommen. Für welchen „Wiederaufbau" aber braucht „Die Zeit" gerade diese „Elite"? Selbstverständlich zur Faschisierung und Remilitarisierung Westdeutschlands! Zur Verstärkung für die Remer, Hedler, Feitenhansl, Meißner und wie die Freunde der faschistischen Erneuerung alle heißen mögen. Und — als Propagandisten und Organisatoren für das von Adenauer geplante deutsche Kontingent in einer europäischen Armee.

Nach der Zusammenstellung des Bundesministers für Arbeit erwarteten alle Bundesländer zusammen nach dem 1. 9. 1949 noch 244 500 Heimkehrer. Das ist die Zahl, von der Minister Anton Storch sagt, daß dabei „offenbar von den Auskünften ausgegangen ist, die Heimkehrer über die Kriegsgefangenenlager in Rußland und ihre Belegung gegeben haben . . ."

Die Heimkehrer hatten einigermaßen richtig geschätzt. Die Zahl der seit dem 1. 9. Heimgekehrten liegt sogar etwas höher. Allein im Dezember waren es über 70 000 und im November über 60 000. Täglich kommen weitere Transporte in Deutschland an.

Der Bundesminister für Arbeit — Bonn, den 28. November 1949

Aufstellung

über die von den Ländern geschätzte Zahl der Heimkehrer, die nach dem 1.9.1949 noch erwartet werden, und den Anteil der Betreuungsbedürftigen.

Land	Zahl der Heimkehrer	Von Spalte 2 werden ..... der Erholungsfürsorge bedürfen	vorübergehend arbeitsunfähig krank sein	dauerbeschädigt sein a) leicht	b) schwer	v.H. zunächst arbeitslos bleiben	einer Berufsausb.-fortbildung oder Umschulung bedürfen	einer Überbrückungsbeihilfe bedürfen
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Baden	4.000	5	10			3	5	
Bayern	58.741	60	70 - 80	30	10	50	5	
Bremen	3.000	8	80	1	1	50	3	
Hamburg	9.000	72						
Hessen	19.000	55	25	3	2	35	5	50
Niedersachsen	35.000	20	60	5	0	80	35	
Nordrhein/Westfalen	75.000	70	70	4,5	1,5	25	11	50
Rheinland-Pfalz	8.000	50	40	10	5	50		
Schleswig-Holstein	20.000	40	60	5	10	80	15	
Württbg.-Baden	8.000							
Württbg.-Hohenzollern	4.500					66	50	
	244.500							

Anmerkung: Leerspalten bedeuten, daß keine Angaben vorliegen.

Warum werden die bisher verheimlichten Zahlen aus der Gefallenenkartei nicht veröffentlicht?

„Die Welt" vom 13. Dezember 1949 behauptet: „Noch über 500 000 Kriegsgefangene" — „Bonn schätzt Wehrmacht- und Zivilinternierte auf 4,7 Millionen." Der bekannte Pfarrer Merten, der sich seit langem mit Kriegsgefangenenfragen beschäftigt, hatte zur gleichen Zeit in einer Pressekonferenz die Zahl der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion auf 200 000 geschätzt. Bonn aber benutzt in erster Linie die Tatsache, daß die Zahlen, die sich aus der Gefallenenkartei des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) über die wirklichen Verluste ergeben, bis heute nicht veröffentlicht wurden.

Die Hitler und Goebbels hatten aus Propagandagründen die ungeheuerlichen Verluste der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion verschwiegen, und sie hatten schon die Gefallenen der mißglückten Winteroffensive 1941 auf Moskau als „Vermißte" gemeldet.

Diese Methode wurde bis zur endgültigen Niederlage in Berlin fortgesetzt. Man rechnet, daß auf diese Weise 1,5 Millionen Gefallene der Oeffentlichkeit verschwiegen wurden. Bonn treibt also ein Spiel mit Goebbelsschen Zahlen.

Immer wieder hat die Sowjetunion die Veröffentlichung dieser Gefallenenkartei, die von den Amerikanern erbeutet wurden, verlangt. Am 11. Januar 1950 veröffentlichte „Die Welt" unter der Ueberschrift „Verdrehung der Tatsachen" einen Bericht ihrer Berliner Schriftleitung, in dem es heißt:

„Als unwahr bezeichneten Vertreter der Hohen Kommission in Berlin die Behauptung des Ostzonalen Informationsamtes, nach denen auf Veranlassung der Westmächte die Namen gefallener deutscher Soldaten heute noch geheim gehalten werden."

In der „Neuen Zeitung" vom 13. 1. 1950 aber kann man lesen:

„Die Unterlagen des ehemaligen OKW über die deutschen Kriegsverluste seien auf westalliierte Initiative erhalten geblieben und stünden zur Aufklärung unklarer Fälle zur Verfügung, heißt es in einer Entgegnung amerikanischer Beamten auf den Sowjetvorwurf, die Westmächte verheimlichten Gefallenenlisten."

Das heißt mit anderen Worten, daß die Amerikaner sich nun bereit erklärt haben, auf einzelne Anfragen, den einzelnen Gefallenen betreffend, Auskunft zu geben. Aber kein Wort ist in dieser Erklärung amerikanischer Beamter darüber enthalten daß die Liste nun als Ganzes bekannt gegeben, die Zahlen veröffentlicht werden sollen. Und diese Tatsache gibt den westdeutdeutschen Kriegshetzern die Möglichkeit, aus ihren „allgemeinen Ueberlegungen" heraus mit erschwindelten Zahlen zu operieren.

Diese „allgemeinen Ueberlegungen" und erschwindelten Zahlen sollen die Grundlage geben für einen „Gedenktag für die Gefangenen", der in Bonn für den 5. März geplant ist, und wo man in „Kundgebungen" der Hetze gegen die Sowjetunion neuen Auftrieb geben will. Nachdem man in Berlin gerade eine Schlacht verloren hat und das widerrechtlich beschlagnahmte Gebäude der Reichsbahndirektion wieder freigeben mußte, hat nun das Amt der amerikanischen Oberkommission, Abteilung Berlin, eine Erklärung herausgebracht, nach der insgesamt 400 000 deutsche Kriegsgefangene „geheim als Arbeitssklaven" unter Verletzung uml als Arbeitssklaven" unter Verletzung internationaler Abmachungen von der Sowjetunion zurückgehalten würden. Die CDU/CSU, die im Bundestag diesen als „Gedenktag für die Gefangenen" deklarierten Tag der Antisowjethetze beantragt hat die sozialdemokratische „Gefangenenhilfe" und andere Organisationen, wie z. B. das Rote Kreuz, haben damit ihren Auftrag erhalten.

Zahlen, die für sich sprechen

Wie es in Wirklichkeit um Hilfe für die heimgekehrten Kriegsgefangenen bestellt ist, das deigt die abelle des Bundesministers für Arbeit. Auch in dieser Tabelle sind die Zahlen von Landesbehörden zum Teil schon frisiert worden, um sie zur Hetze gegen die Sowjetunion mißbrauchen zu können. Die Angaben darüber, wie der Gesundheitszustand der Heimkehrer ist, gehen so weit auseinander, daß ihnen ohne weiteres anzumerken ist, daß sie nicht stimmen. „Vorübergehend arbeitsunfähig" sind in Baden 10 von Hundert, in Bayern 70 bis 80 von Hundert. Bremen hat den Vogel abgeschossen. Dort wird behauptet, 80 Heimkehrer von Hundert kämen „arbeitsunfähig, krank" zurück. Bei der Frage aber, „wieviel werden dauerbeschädigt sein", (das könnte Rentenansprüche ergeben) da heißt es in Bremen zwei von Hundert. Bayern dagegen gibt die Zahl 40 an. Jeder erkennt in der so stark unterschiedlichen „Feststellung" der Länder die Absicht mancher Dienststellen, auch mit diesen Zahlen dem Ziel zu dienen, das die kriegshetzerischen imperialistischen Auftraggeber ihren Agenten steckten.

Eine Front von Schumacher bis Adenauer

Genau so wie in anderen Ländern werden die abgeurteilten Kriegsverbrecher in der Sowjetunion ihre Strafe verbüßen. Aber die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion werden restlos in die Heimat entlassen. Kann man aber darum von den Kriegshetzern erwarten, daß sie ihre hetzerische Propaganda aufgeben? Man könnte eher den Hunden das Bellen abgewöhnen.

Darum versuchen „Kriegsgefangenenhilfe" der SPD, das Rote Kreuz, darum versucht auch die Bundesregierung mit ihren 5 Millionen Kartothekkarten das neue Märchen von zurückgehaltenen Arbeitssklaven glaubhaft zu machen. Jetzt versucht man durch Suggestivfragen von Heimkehrern die Auskunft zu bekommen, daß man versucht hätte, sie für ein freiwilliges Arbeitsverhältnis in der Sowjetunion zu gewinnen.

Weil diese Kampagne ohne Erfolg gewesen sei, hätten die Sowjets dann willkürlich irgendwelche Kriegsgefangene vor Gericht gestellt, um sie zur Zwangsarbeit zu verurteilen. Sicher werden sich sogar einige Heimkehrer vom Schlage Tilo Wagner und Siegfried Gruber bereit finden, solche Aussagen zu machen. Haben doch diese zwei kriminellen Verbrecher, die wegen Betrugs, Bettelns usw. in Untersuchungshaft genommen werden mußten, als „Heimkehrer" Max Reimann im Bundestag bedrohen dürfen, nachdem Männer der Regierungspartei ihnen die Tür geöffnet hatten. Die Tatsache, daß es sich auch hier um einen aufgelegten Schwindel handelt, ist leicht zu erkennen.

Die Presse von „Die Zeit" bis zu „Neuer Vorwärts" hat das übrige zu tun versprochen. Also schreibt der hannoversche Leiter der antisowjetischen Propagandazentrale Hans Stephan, der sich den Biedermanns-Mantel umzuhängen versucht, indem er sich „Leiter der Kriegsgefangenen-Hilfe der SPD" benennt, im „Neuen Vorwärts" einen Artikel. Er selbst erklärt, daß dieser nicht aus „Phantasie-Meldungen" bestehe, was ihm aber auch ohne dieser Beteuerung niemand geglaubt hätte. Von den „einstigen vier Millionen" müßten nach seiner Ansicht noch 1 350 000 am Leben sein. Sowjetrußland, so behauptet frech Herr Stephan das eine Mal, habe die „4 Millionen Kriegsgefangenen" selbst zugegeben, an anderer Stelle deselben Artikels aber liest man:

„Sowjetrußland hat bewußt die Zahl seiner Kriegsgefangenen von Anfang an nicht genannt, um diese Männer und Frauen in das große Heer der Rechtlosen in Sowjetrußland einzureihen, damit es seine Industrie- und Rüstungspläne durchführen kann."

Diesem „Menschenhandel" aber, so hetzt der Beauftragte Schumachers weiter, wird die SPD „nicht ruhig zusehen", sie wird die Kräfte der Welt mobil machen . . . usw. usf.

Herr Stephan und die rechte SPD-Führung, zu der er gehört, werden mit ihrem wüsten Kläffen nichts daran ändern, daß die Sowjetunion ihren friedlichen Aufbau im Rahmen ihrer Fünfjahrpläne in berauschendem Tempo durchführt und den Sozialismus verwirklicht. Auch daraus, daß in Westdeutschland die Monopolherren, „die unsozialste Epoche der deutschen Geschichte" (Dr. Kurt Schumacher) hinter dem Wall der gegen links kämpfenden Sozialdemokratie errichteten, hat die rechte Führung der SPD nichts gelernt. Indem sie nach wie vor den Kommunismus als ihren Hauptfeind bekämpft, hilft sie dem wirklichen Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, hilft sie dem kriegstreiberischen Imperialismus, seine Politik weiter zu treiben.

Was hat man mit den Kriegsgefangenen vor?

Wer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimkehrt, muß zunächst seinen Fragebogen ausfüllen. Nun, Fragebogen mußten wir alle ausfüllen, immer und immer wieder. Man wollte dutzendfach und aus den verschiedensten Anlässen immer wieder von jedem deutschen Staatsbürger wissen, wie er zur NSDAP und allen ihren Gliederungen gestanden hat. Aber das fragt man die Heimgekehrten nicht. Im Gegenteil, die Rubrik Nr. 12 des Fragebogens will über die Zugehörigkeit zur „Antifa", zur antifaschistischen Front, Auskunft haben. War der Heimkehrer Mitglied, Aktivist oder hat er sogar eine Antifa-Schule absolviert? Und dann noch eine besondere Gewissensfrage in der Rubrik Nr. 14: „welcher politischen Partei gedenken Sie nach Ihrer Heimkehr beizutreten?" Im übrigen aber fragt man nach dem Alter, dem Gesundheitszustand, Schulbildung, den Sprachkenntnissen (sprechen Sie etwa russisch?) nach der Berufsgruppe, der Verwendung bei der Wehrmacht, dem Dienstgrad, der Waffengattung und als was er schon alles gearbeitet hat. Dieser Fragebogen erinnert sehr stark an die Auskünfte, die früher die Wehrkreiskommandos einholten. Aber diese Wehrkreiskommandos haben sich noch nie mit dem friedlichen demokratischen Aufbau befaßt. Im Gegenteil, sie brauchten diese Angaben, um den jungen Mann im „Ernstfalle" richtig einzusetzen. Wozu braucht man diese Angaben heute? Auf keinen Fall für die Arbeitsämter, denn dort muß der Heimkehrer, ehe er seine Stempelkarte bekommt, genauestens angeben, wie man ihn im Arbeitseinsatz verwenden könnte.

Ein Hasardspiel auf unsere Kosten

Die friedliebenden Werktätigen sollten sich in Deutschland über einige Fragen klar werden. Warum mußten deutsche Männer zu Kriegsgefangenen werden? Weil die deutsche Schwerindustrie den Krieg brauchte zur Erhöhung ihrer Profite.

Warum aber sollen die in die Heimat entlassenen ehemaligen Kriegsgefangenen jetzt zur Hetze gegen die Sowjetunion und zur Propagierung der Remilitarisierung Westdeutschlands beitragen? Weil die alten Kräfte der Schwerindustrie in Westdeutschland wieder an der Macht sind und weil sie unfähig sind, eine friedliche Wirtschaft aufzubauen. Als Hasardeure, als Glücksspieler die in allen Kriegen, die sie anzettelten, alles auf eine Karte setzten, und immer nur das Blut, die Gesundheit und das Eigentum des werktätigen Volkes verspielten, ohne bisher selbst zur Rechenschaft gezogen zu werden, wollen sie wieder an dem „Spielchen" teilhaben, zu dem das Oberkommando der Atlantikpakt-Staaten die Karten mischt. Und die Kriegsgefangenen von gestern, sollen selbst helfen, den Haß und die Kriegslust gegen die Sowjetunion wieder zur Blüte zu verhelfen. Sie sollen helfen, daß die deutsche Jugend wieder als Kanonenfutter stirbt, oder die Leiden der Kriegsgefangenschaft erleben muß. Sie sollen als Werkzeuge gebraucht werden, mit denen man das Glück ihres Volkes zerschlagen will.

Deutschland braucht den Frieden!

Deutschland braucht keinen Krieg, sondern Frieden. Unseren friedlichen Aufbau schaffen nicht Soldaten, sondern Werktätige. Darum ist uns der Abzug der Besatzungstruppen nötig, nicht aber die Remilitarisierung Westdeutschlands. Ein Krieg würde Deutschland vernichten, jeder der zwei Weltkriege warf das deutsche Volk politisch, wirtschaftlich und kulturell zurück. Die Einheit Deutschlands, die wichtigste Lebensfrage unseres Volkes kann nur auf dem Wege der Verständigung mit allen friedliebenden Völkern erreicht werden. Darum müssen sich auch die Heimkehrer der Front des Friedens anschließen, müssen den Chauvinismus verdammen, der Hetze gegen die Sowjetunion entgegentreten und aktive Kämpfer für die Verteidigung des Friedens werden.

Gerade die Heimkehrer aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft wissen, mit welcher fanatischen Begeisterung die Völker der Sowjetunion am Frieden arbeiten und wie sie den Krieg verabscheuen. Die Sowjetunion bedroht nicht den Frieden der Welt, sondern kämpft mit vollem Einsatz für ihn. Zu diesem Volk muß Deutschland Freundschaft pflegen, darf sich nicht von den Kriegstreibern verhetzen lassen.

Es geht um die friedliche Zukunft unseres Volkes und um den Frieden der Welt. Es geht darum, unsere Heimat zu einem freien und unabhängigen Land zu machen. Es geht um die Deutsche Demokratische Republik.

Die Kräfte des Friedens in der ganzen Welt sind stärker als die der Vernichtung und die des imperialistischen Krieges. In Europa braucht nur noch das deutsche Volk geschlossen auf die Seite des Friedenslagers zu treten, und auch für Europa ist der Frieden gesichert. Das ist der Sinn der Botschaft Stalins an die Deutsche Demokratische Republik, in der er sagt, daß, wenn das deutsche Volk und das sowjetische mit der gleichen Anspannung aller Kräfte für den Frieden kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa als gesichert ansehen.

Die Reste der Hitler-Armee, die nach dem Willen der deutschen Faschistenführer bis zur Erschöpfung kämpfen mußten, bevor sie halbtot kapitulierten. Unser Bild zeigt eine Aufnahme aus dem sowjetischen Film „Die Stalingrader Schlacht

Beispielhafte Solidarität in Argentinien

Auszug aus einem Brief des Genossen J

Buenos Aires, Januar 1950. In der Provinz Tucuman (Argentinien) waren die Arbeiter der Zuckerindustrie in Streik getreten, um Lohnerhöhung zu erhalten. Die Unternehmer stellten sich bockbeinig. Nach zwei Wochen beschloß der Verband der Gastwirtsgehilfen ebenfalls in den Solidaritätsstreik zu treten. Die oberste Leitung des Allgemeinen Argentinischen Gewerkschaftsbundes (peronistisch) war natürlich dagegen. Es ging nicht lange, bis die Provinzpolizei Verhaftungen unter den Führern der streikenden Gastwirtsgehilfen vornahm. Der Streik ging aber weiter und wurde nach mehreren Wochen siegreich beendet. Die Verhafteten wurden alle wieder freigelassen, bis auf einen bekannten Kommunisten, der spurlos verschwunden blieb. Vor kurzem wurde seine Leiche in einem Walde ermordet aufgefunden.

Die Empörung über diesen Vorfall, besonders in der Provinz Tucuman, war so groß, daß selbst Präsident Peron sich genötigt sah, eine strenge Untersuchung anzuordnen, um die Schuldigen (unter der Polizei) ausfindig zu machen.

Bei der Beerdigung des Ermordeten in der Provinzhauptstadt beteiligte sich eine riesige Menschenmenge. Die meisten Fabriken und Kaufläden hielten ihre Tore geschlossen. Nicht genug damit, beschlossen die Führer sämtlicher örtlichen Arbeitergewerkschaften von Tucuman einen Generalstreik durchzuführen, der für 20. Dezember angesagt wurde. Laut Zeitungsberichten war dieser **General- und Proteststreik in der ganzen Provinz vollständig durchgeführt worden,** obwohl die obersten Bonzen in Buenos Aires die Arbeiter warnten, diese „kommunistische Mache" nicht mitzumachen. Tatsächlich ruhte auch jede Tätigkeit am 20. 12. Die Arbeiter befolgten hundertprozentig die Streikparole. Selbst Straßenbahnen, Taxis und Ueberlandomnibusse ruhten. Sogar hier in den Schlachthäusern von Buenos Aires legten die Arbeiter aus Protest ihre Tätigkeit nieder.

Die argentinischen Arbeiter protestierten also, **gleich welcher Parteizugehörigkeit,** geschlossen gegen die feige Ermordung eines Kommunisten, der für sie vor allem ein Arbeiter war und dessen gewaltsamer Tod während des **gemeinsamen Kampfes gegen Ausbeutung** von ihnen als schwerer Schlag gegen eigene Freiheit und Ehre empfunden wurde.

Nationalpreisträger bei Staatspräsidnt Wilhelm Pieck

Der Staatspräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfing am Montag die Nationalpreisträger zu einer Aussprache. Hierbei sagte der Präsident über die Aufgaben der Wissenschaft und Technik unter anderem folgendes:

„Die Verleihung des Nationalpreises war bekanntlich in der Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vorgesehen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird sie in einer besonderen Kulturverordnung übernehmen. Darüber hinaus aber wird diese zu erwartende Kulturverordnung umfangreiche Bestimmungen für die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten aller Intellektuellen bringen. Dabei wird die Regierung unserer Republik in ihrer Kulturverordnung unzweideutig ihren Willen zum Ausdruck bringen, nur die Kräfte zu unterstützen, deren Wirken dem Volke dient und damit dem Aufbau und der Festigung unserer demokratischen Ordnung. Die geplante Kulturverordnung soll ein wesentlicher Beitrag in unserem Kampf um eine demokratische Kultur, in unserem Kampf um die Erhaltung der kulturellen Einheit unserer Nation sein.

Wir wollen durch unsere Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik den Beweis dafür erbringen, daß wir die deutsche Wissenschaft und Kultur am besten wahren und mehren, indem wir für eine echte demokratische Einheit Deutschlands kämpfen. In diesem Sinne möchte ich abschließend wünschen, daß Sie als Nationalpreisträger und alle Ihre Kollegen zu bewußten und entschlosenen Mitkämpfern der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Abgeleugnete — jetzt ward's Ereignis

Die Gefahr — von den Wanzen aufgefressen zu werden — Was ist mit dem KPD-Antrag im Stadtrat?

Die menschenunwürdigen „Wohn"verhältnisse in den Mannheimer Bunkern wurden von uns im vergangenen Sommer in das kritische Licht der Oeffentlichkeit gerückt. Der Bürgermeister der Stadt Mannheim nahm eine Ortsbesichtigung vor und der Stadtrat beschäftigte sich ebenfalls mit den untragbaren Zuständen. Sicherlich konnten sich bis zu unseren Veröffentlichungen viele Mannheimer Einwohner keine Vorstellung von dem Leben schwerarbeitender Insassen eines solchen unterirdischen Beton-Verließes machen.

Trotz hoher Miete keine Hygiene

Bestimmt sind diejenigen, die das Glück haben, eine anständige Wohnung zu besitzen, der Meinung, daß sich in der Zwischenzeit die Verhältnisse gebessert haben. Sie sind im Irrtum! Im Gegenteil: Damals wurde beispielsweise bestritten, daß der Kunsthallenbunker von Wanzen wimmele. Wer über die riesenhafte Fortpflanzungsfähigkeit dieses Ungeziefers Bescheid weiß, kann sich das Ausmaß dieser Menschenplage vorstellen, dessen Vorhandensein damals vielleicht deshalb geleugnet wurde, weil diese nichtzahlenden Mitbewohner die bezahlenden noch nicht völlig aufgefressen hatten. Heute besteht nun diese Gefahr unbestritten. Sie ist bereits so groß, daß das gestreute Wanzenpulver ohne spürbare Wirkung bleiben muß. Wir wollen die Verwaltung des Kunsthallenbunkers nicht schmähen, aber trägt sie nicht die Verantwortung für diesen Zustand menschlicher Behausungen, für deren Benutzung man nicht etwa Schmerzensgeld erhält, sondern eine monatliche Miete von 22,50 DM bezahlen muß. Ja! 22,50 DM! Wanzen und sonstige Parasiten wohnen kostenlos und nähren sich redlich vom Blute der ohnehin gepeinigten Bunkerbewohner.

Nicht kaufmännische — soziale Erwägungen

Was ist übrigens mit dem damaligen Antrag der Kommunistischen Rathausfraktion geschehen, der die Herabsetzung der Bunkermieten zum Ziel hatte? Die Bunkerbewohner haben davon keine Erleichterung, daß man ihnen vorrechnet, daß die Selbstkosten der Zellen und deren Belüftung, Beheizung und Beleuchtung durch die verlangten Mieten nicht gedeckt werden. Der sozialdenkende Normalbürger der Stadt Mannheim steht nicht auf dem Standpunkt, daß die Ausnutzung der Wohnungsnot der Bunkerbewohner durch die schlechte Finanzlage der Stadtverwaltung gerechtfertigt werden kann. Sie erwarten vielmehr, daß die Stadtverwaltung die Bunker- (nicht Wanzen-)betreuung in eigene Regie nimmt und die Kosten für Licht, Luft und Wärme trägt. Wenn man schon keine Wohnungen für diese Menschen schaffen kann, soll man mindestens auch soziale, nicht nur kaufmännische Erwägungen anstellen, um deren Los zu erleichtern.

Dort unten „wohnen" Arbeiter und Angestellte, die teilweise ein mehrjähriges Wohnungsjubiläum im Bunker feiern könnten. Nicht nur die ungeheuren Mieten, sondern auch die Verwahrlosung der Zellenräume sind das Tagesgespräch, soweit man sechs Meter unter der Erde überhaupt von „Tag" sprechen kann. Das schlimmste ist, daß sich viele Bunkermieter ihre Zellen mit eigenen Kosten hergerichtet und Möbel angeschafft haben, die nun ebenfalls herhalten müssen, dem parasitären Ungeziefer und seiner Brut ein trautes Heim zu schaffen.

Bitte, etwas freundlicher!

Der Verkehrston des jungen Bunkerwarts mit den Bunkermietern ist alles andere als die Anwendung Kniggescher Umgangsformen mit Menschen. Wenn man diese nicht von Haus aus beherrscht, sollte man sich doch etwas befleißigen, sie sich mit Zähigkeit und Ausdauer anzueignen. Redensarten, wie: „Wie reden Sie mit mir? Sie wissen anscheinend nicht, daß Sie mit dem Bunkerwart sprechen?" klingen doch etwas allzusehr an den in die Geschichte eingegangenen Feldwebel der glorreichen 1000 Jahre an. Ein Bunkerfeldwebel — — — — pardon, Bunkerwart kann nicht wie eine Kindergärtnerin auftreten, aber er muß sich bemühen, nicht ausschließlich rauh, sondern auch eine Kleinigkeit herzlich zu sein, zumal er auch andere, angenehmere Töne von sich geben kann, wo er es für notwendig erachtet.

Wir begreifen, daß man nach so langer Zeit im Dunkeln den Bunkerkoller bekommen kann, aber es dürfen keine Unterschiede in der Behandlung der unter den gleichen Verhältnissen Leidenden gemacht werden. Und das geschieht! Wer einmal sich erlaubte, dem Herrn des Bunkers die Wahrheit zu sagen, der muß auf vielfältige Weise büßen. War er Einzelmieter, so wird ihm als Strafe ein zweiter Mann in die Zelle eingewiesen, ohne daß sich der von dieser Maßnahme Betroffene erlauben darf, darauf hinzuweisen, daß diese unnötig und schikanös ist, oder daß die Freunde des Bunkerwarts das Privileg des Alleinwohnens besitzen.

Eine andere soziale Härte, für die der Bunkerwart nicht verantwortlich zu machen ist, kommt darin zum Ausdruck, daß z. B. die auf Besuch des im Bunker wohnenden Ehemannes kommende Ehefrau die gleiche Bunkermiete bezahlen muß, ohne daß sie ein eigenes Bett erhält. Die Ehefrau darf unter keinen Umständen länger als vier Wochen bei ihrem Mann im Bunker wohnen. Tagesbesuch, auch von männlichen Angehörigen oder Bekannten wird nach 11 Uhr abends aus dem Bunker verwiesen, was aus Gründen der Ordnung begreiflich ist, aber dann dürfen auch auf diesem Gebiet keine Unterschiede gemacht werden.

Soviel aus einer wahllos herausgegriffenen Zuschrift über Mannheimer Bunkerelend. Wir erwarten von der Betreuungsstelle, daß sie nun energische Schritte unternimmt, die angedeuteten Mißstände zu beseitigen.

An die Stadtverwaltung richten wir den dringenden Appell, sich mit dem Antrag der Kommunistischen Rathausfraktion zu beschäftigen und dessen Forderungen zu erfüllen.

Die Straßenbahn hatte schon wieder Pech

Auf der Rheinbrücke fuhr ein Lastkraftwagen mit Anhänger, dessen Fahrer anscheinend das Fahrzeug auf der glatten Fahrbahn nicht mehr rechtzeitig zum Halten bringen konnte, gegen einen haltenden Straßenbahnzug der Linie 3, wobei der Wagenführer und ein Fahrgast geringfügig verletzt wurden. Der Sachschaden an der Straßenbahn beträgt etwa DM 2000.-, während der Fahrzeughalter etwa DM 200.- an Reparaturkosten zu bezahlen haben dürfte.

Sie „vermietete" an deutsch-amerikanische „Brautpaare"

Ein Raum von etwa 18 qm genügte für eine Frau auf dem Waldhof, um diesen als Schlafraum an 3 Mädchen zu vermieten, die darin mit amerikanischen Soldaten intime Beziehungen unterhielten. Es kam auch schon vor, daß vier und fünf Mädchen gleichzeitig in dem Zimmer hausten. Man schüttelt mit dem Kopf, wenn man hört, daß die Mädchen als Miete DM 120.- bis DM 150.- pro Kopf und Monat zu bezahlen hatten. Außerdem mußten die amerikanischen Soldaten für jede Nacht nochmals DM 10.- gesondert bezahlen. Bei der Festnahme der Frau befanden sich einige farbige Soldaten in ihrer Wohnung.

Kioskeinbruch von DPs

Hand in Hand arbeiteten zwei deutsche und zwei polnische Staatsangehörige, als sie während der Nachtstunden in das Verkaufskiosk im Städtischen Krankenhaus einbrachen und dabei Schokolade und Tabakwaren im Werte von etwa 2 bis 3000 DM erbeuteten. Während die zwei Polen bereits aufgegriffen und verhaftet werden konnten, sind die beiden Deutschen mit dem Diebesgut noch flüchtig. Es steht bereits fest, daß von einem der Flüchtigen ein weiterer Ladeneinbruch begangen wurde.

Wenn man Geld zum Fenster hinauswirft

Ein arges Mißgeschick passierte einer in der Oststadt wohnenden Frau beim Abstauben von Gegenständen aus dem Fenster ihrer Wohnung. Mit Schrecken stellte sie fest, daß ihr dabei ein Umschlag mit DM 90.- Bargeld auf die Straße gefallen war. Rasch eilte die Frau auf die Straße, aber zu spät, ein anderer hatte bereits die Gelegenheit wahrgenommen, um mit dem auf der Straße liegenden Umschlag einschließlich dem Geld zu verschwinden.

Verbilligte Ferienfahrten für Gewerkschaftler!

Weinheim. In Ergänzung des vor einigen Tagen in der Presse über obiges Thema erschienenen Artikels teilen wir folgendes mit: Auskunft und Prospekte über diese verbilligten Fahrten im Büro des Gewerkschaftsbundes, altes Rathaus, II. Stock, Zimmer 14. Dort können auch die zusätzlich noch gegebenen Reisegutscheine über DM 5.- in Empfang genommen werden.

Als erstes gehen jeden Sonnabend nach allen bekannten und begehrten Wintersportplätzen die Alpensonderzüge 7 Tage, die aber verlängert werden können. So ist vorgesehen Ruhpolding mit Steinberger Alm - Berchtesgaden - Reit im Winkel - Bayrischzell - Schliersee - Tegernsee - Rottach-Egern - Wiessee - Mittenwald - Krün-Wallgau - Garmisch-Partenkirchen - Grainau - Oberammergau - Schwangau - Füssen - Pfronten - Oberstaufen - Hindelang-Bad Oberdorf - Fischen - Oberstdorf - Tiefenbach - Kleines Walsertal.

Jugendliche zahlen halbe Preise

Mannheim. (SKW) Als Anregung für die Jugendlichen und um den Besuch des Nationaltheaters zu heben, werden seitens der Theatergemeinde Ausweise ausgegeben, mit denen Jugendliche auf allen Plätzen und zu allen Vorstellungen nur halbe Preise zahlen.

Versammlungen der KPD Mannheim

Jugendschulungskurs Donnerstag, 2. Februar, 19.30 Uhr in S 3, 10. Ref. Hofmann.

Neckarau. Freitag, den 3. Februar, 19.30 Uhr, im Lokal „Engel" Mitgliederversammlung. Ref. Fritz Salm.

Jugendortsausschuß der Gewerkschaften zur Remilitarisierung

Weinheim. Unter den Propagandisten der Remilitarisierung befinden sich eine ganze Reihe führender Politiker Westdeutschlands. Das deutsche Volk und vor allem seine Jugend hat heute noch furchtbar unter den Auswirkungen des vergangenen Krieges zu leiden. Trotzdem ist man schon wieder dabei, den nächsten Krieg vorzubereiten. Die Zeitungen sind voll von Erklärungen über die furchtbare Wirkung der Atomwaffe, über zukünftige Abwurfstellen derselben. über evtl. Aufmarschbasen usw. Systematisch wird in das Volk, und vor allem in die Jugend der Gedanke getragen, daß eine Auseinandersetzung zwischen den USA und der SU unvermeidlich ist.

Der Jugendortsausschuß wird die Frage der Remilitarisierung nicht nur in seinen eigenen Reihen ablehnen, sondern er wird diesen Gedanken in alle Jugendorganisationen tragen, die gewillt sind, für den Frieden zu arbeiten. Der Jugendortsausschuß wird sich auch nicht auf die Kriegsdienstverweigerungsparagraphen verlassen, denn die Geschichte zeigt, daß in besonderen Situationen Verfassungen, die den Zielen der herrschenden Klassen nicht genehm sind, zu einem Fetzen wertlosen Papiers gemacht werden können. Die einzige Garantie, eine Remilitarisierung in Westdeutschland zu verhindern, ist die Kraft derer, die gewillt sind, entschlossen dagegen einzutreten. Das muß in erster Linie die deutsche Jugend sein.

Jugendortsausschuß.

Jugendschutzgesetz soll in Schulen besprochen werden

Auf der Abschluß-Kundgebung der Mannheimer Jugendschutzwoche am Freitag, über die wir bereits berichteten, wurde weiterhin gefordert, das Jugendschutzgesetz künftig in den oberen Klassen aller Schulen zu besprechen. Die Jugendlichen sollen dadurch über die ihnen zustehenden Rechte unterrichtet werden. Auf der Versammlung wurde ferner eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Gewerbeaufsichtsamt und dem Kultusministerium verlangt, um die Einhaltung der Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes zu gewährleisten.

Narrenschiff bei stiller See

Der schwache Geldbeutel war schuld daran

Mannheim. (qu) Der Versuch der närrischen Gesellschaft der „Fröhlich Pfalz" am Sonntag Abend im Volkshaus Neckarau auf Windstärke 11 zu kommen, blieb diesmal leider ein Versuch, wurde doch durch die schwache Besucherzahl dem Narrenschiff der Wind aus den Segeln genommen. Trotzdem gaben sich Verein und Darsteller die größte Mühe, um mit wirklich ausgezeichneter Vortragskunst dem erwartungsvollen Publikum gerecht zu werden, was dann auch noch erfreulicherweise gelang. Nur die Stimmung fehlte eben.

Als Neuauflage: Ihre Tollität Prinzessin Karneval aus Feudonesien und befreundete 11er Räte aus Viernheim und von der Grokageli — Der Hausnarr wirkte aufgescheucht und gehörte zur Zerenomie des närrischen Hofes. — Laut Fritz Körner: Für die Karnevalaufführung in Bonn bekommt man noch Diäten — O „teures" Vaterland. — Else Ette: „Heute bin ich so fidel".

Lächerlichkeit dominierte als Machtinstrument. Manche Wiederholung wirkte allerdings etwas ermüdend. — Fritz Plitz, Waltraud Bies, Hannelore, Toni Haag, Ellen Rummel u. a. erfreuten als alte Bekannte. Rudi Wöhner in der Bütte schoß den Vogel ab.

Gesamteindruck: Gelungen. Darstellerisch im Kielwasser des Erfolgs. Die Besucherzahl sprach für die Tatsache des allgemein schwachen Geldbeutels.

Jubilare des Volksliedes

Am Samstag, den 28. Januar, veranstaltete der Gesangverein „Einigkeit Lyra" im „Kaisergarten" eine gut gelungene Ehrung seiner Veteranen. Nach einer herzlichen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, August Franz, und nachdem Bürgermeister Trumpfheller die Grüße der Stadtverwaltung übermittelt hatte, wurden den Jubilaren goldene und silberne Ehrennadeln für 40- bezw. 25jährige Aktivität überreicht.

Tenor Karl Kern und Sopran Frau Noll boten mit Liedern von Schubert, Schumann u. a. Einzelleistungen von beachtlichem Niveau.

Unter der Leitung von Chormeister Engelmann zeigte sich der Verein „Einigkeit Lyra" auf der Höhe seines Könnens. Auch die als Gast erschienene, von dem jungen und begabten Dirigenten Willi Lenz geleitete „Freie Sängervereinigung" begeisterte mit ihren Darbietungen die Zuhörerschaft.

Die zahlreich erschienenen Gäste beweisen, daß das Bestreben der Arbeitergesangvereine, durch die Pflege des Volksliedes das ihrige zu der Erhaltung des deutschen Kulturerbes beizutragen, in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Anklang findet.

Polizei einmal anders gesehen

Am Samstag, den 4. Februar 1950, um 19.30 Uhr, veranstaltet die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft Bezirk Mannheim in Verbindung mit dem Polizei-Sportverein Mannheim in den Räumen des Turnvereins 1846 einen Großen Bunten Abend. Die Gesamtleitung hat als Ansager Max Cremer. Mitwirkende: Ein Ballett des Nationaltheaters, Frau Knorzebach und Suppengrün, der Polizeigesangverein und die Polizeikapelle, die anschließend zum Tanz aufspielt.

Karten zum Eintrittspreis von 1.20 DM einschl. Steuer sind an der Abendkasse oder auf dem Polizeirevier zu haben.

Sturz von der Kellertreppe

Eine Frau stürzte vermutlich infolge eines Schwindelanfalls in der Zwerchgasse in Sandhofen eine sehr steile Kellertreppe hinab, wobei sie einen lebensgefährlichen Schädelbruch erlitt. Der Sturz war so heftig, daß aus den hölzernen Stufen mehrere Stücke herausgebrochen waren.

Hausschlachtungen

zur Selbstversorgung von Haushaltungen sind **bis auf weiteres nicht mehr genehmigungspflichtig.** Die Anordnungen über Schlachtsteuer und Fleischbeschau bleiben weiter bestehen und sind zu beachten.

Städt. Ernährungs- u. Wirtschaftsamt.

Nationaltheater Mannheim

Das für den 4. Februar 1950 in Basel vorgesehene Operngastspiel des Nationaltheaters mit „Walküre" von Richard Wagner kann wegen Paßschwierigkeiten zu dem vorgesehenen Termin nicht durchgeführt werden.

Winter-Schluß-Verkauf

Kinderkopfkissen Linon, reich bestickt	—.95
Grubenhandtuch kräft. Baumwollgewebe, ges. u. geb. 43/85	1.38
Kopfkissenbezug süddeutscher Linon, mit Knöpfen und Knopflöchern, 80/80	3.25
Kopfkissenbezug ausgebogt, guter südd. Linon, 80/80	4.50
Damen-Söckchen gutes sächsisch. Fabrikat, Gr. 3½—10½	1.45
Damen-Unterkleid K'seidentrikot, gut ausgearb. Büstenform	4.90
Charmeuse-Unterkleid mit breiter Spitzengarnitur	6.90
Elegantes Nachthemd Waschkunstseide, modische Form	13.90
Reinseidene Selbstbinder in den Farben rot, blau, braun	4.50
Herren-Sporthemd mit festem Kragen, guter Baumwollpopelin, in bleu, beige, grau, grün	9.75
Herren-Schlafanzug aus vorzüglichem Baumwoll-Zefir, in schönen hellen Streifen	13.90
Taschenschirm das neue praktische Modell, in vielen schönen Karomustern	17.80
Stuhlkissen aus buntem Druckstoff, mit reichlicher Füllung	2.95

Steppdecken besonders preiswert! aus Kunstseiden Damassée, mit uni Abseite i. d. Farben rost, bleu, nil, fraise, gold. Gute Wollfüllung, 150/190 **39.75**

Neugebauer

MANNHEIM · AN DEN PLANKEN

NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplan vom 5. bis 13. Februar 1950

So., 5. Februar, Eintrittspreise 1.50 - 6.— DM	nachm. 2. Gastspiel **Hans Moser** mit dem Ensemble des **Münchner Volkstheaters: „Weekend im Paradies"**, Schwank in 3 Akten, von Franz Arnold und Ernst Bach. Anf. 15, Ende etwa 17.30 Uhr.
So., 5. Februar, außer Miete Eintrittspreise 1.50 - 6.— DM	abends: 3. und **letztes Gastspiel Hans Moser** mit dem Ensemble des Münchner Volkstheaters: **„Weekend im Paradies"**. Schwank in 3 Akten v. Franz Arnold u. Ernst Bach. Anf. 20, Ende etwa 22.30 Uhr.
Mo., 6. Februar, o. Kartenverk.	nachm.: für die Schüler höherer Lehranstalten: **„Die Räuber"**, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Anf. 16, Ende etwa 19.30 Uhr.
Di., 7. Februar, Miete M Nr. 8 u. freier Verk.	**„Die Räuber"**, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Anf. 19, Ende etwa 22.30 Uhr.
Mi., 8. Februar, Miete O Nr. 8 u. freier Verk.	**„Hoffmanns Erzählungen"**, Phantastische Oper von Jacques Offenbach. Anf. 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.
Do., 9. Februar, Miete K Nr. 9 u. freier Verk.	**„Die Räuber"**, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Anf. 19, Ende etwa 22.30 Uhr.
Fr., 10. Febr., Miete B Nr. 9 u. freier Verk.	**„Rigoletto"**, Oper von Giuseppe Verdi. Anf. 19.30, Ende etwa 22 Uhr.
Sa., 11. Febr., außer Miete 1.50 - 6.— DM	1. Gastspiel **„Die Mausefalle"** mit **„General, Sie sind des Teufels"**. (Die Kabarettiche). Anf. 20, Ende etwa 22.30 Uhr.
So., 12. Febr., zu ermäßigten Preisen	nachm.: **„Die Fledermaus"**, Operette v. Joh. Strauß. Anf. 14.30, Ende etwa 17.30 Uhr.
So., 12. Febr., außer Miete 1.50 - 6.— DM	2. Gastspiel **„Die Mausefalle"** mit **„General, Sie sind des Teufels"** (Die Kabarettiche). Anf. 20, Ende etwa 22.30 Uhr.
Mo., 13. Febr., Miete G Nr. 9 u. freier Verk.	**„Hoffmanns Erzählungen"**, Phantastische Oper v. Jacques Offenbach. Anf. 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.

Gastspiele:

So., 5. Febr.,	Gastspiel in Sandhofen „Morgenstern": **„Die Fledermaus"**, Operette v. Joh. Strauß. Anf. 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.
Do., 9. Febr.,	Gastspiel in Käfertal „Olymp-Lichtspiele": **„Die Fledermaus"**, Operette v. Joh. Strauß. Anf. 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.
Sa., 11. Febr.,	Gastspiel in Seckenheim „Vereinshaus": **„Die Räuber"**, Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anf. 19, Ende etwa 22.30 Uhr.
So., 12. Febr.,	Gastspiel in Sandhofen „Morgenstern": **„Fanny"**, Komödie von Marcel Pagnol. Anf. 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Gute Weine

49er Kallstadter Rotwein Liter	1.50
49er Diedesfelder Weißw. Liter	1.40
Deutscher Wermutwein Flasche ohne Glas	1.90
Jugosl. Muskateller Flasche ohne Glas	2.95
Chile Rotwein Cabernet Flasche o. Glas	2.10

Wein-Pfeiffer

Telephon 447 91

T 1, 3a (Breite Straße)
G 3, 9 (Jungbuschstraße, Nähe Marktplatz)
Schwetzinger Straße 27
Seckenheimer Straße 110
Rheinau, Stengelhofstraße 4

Werner's

moderne Kleiderpflege

chem. Reinigung

Mannheim, S 3, 13
Betrieb U 1, 6
Tel. 434 24

Ein Posten

Herren-Anzüge

modern, 2-Reiher, weit unt. Preis

49.50

Nur solange Vorrat

TEXTILECKE

EUGEN J 1, 18a

Winter-Schluß-Verkauf ab 30. 1. 50

Auf, auf! sagt die Mutter zum Sohn und zum Vater *jetzt* wird gekauft beim Kleiderberater!

Richtig — die riesige Auswahl — die Qualitäten — die herabgesetzten Preise!

Hosen 8.75 an Anzüge 58.00 an Stutzer 30.00 an

Ihr Kleiderberater **Bergdolt**

BEKLEIDUNGSHAUS MANNHEIMS SEIT 1871

BREITESTRASSE · H 1, 5

Sportgemeinschaft Mannheim

Früher Vereinigte Freie Turnerschaft e. V.

Samstag, den 4. Februar 1950, 20,11 Uhr

Großer Maskenball

mit Maskenprämiierung

im Spiegelsaal der Schiffswerft, Werftstraße

Eintritt: DM 2.— (einschl. Steuer) Getränke und Speisen zu volkstümlichen Preisen.

KLEIN-ANZEIGEN

Worttarif: Fettes Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Adresse oder Chiffre-Anschrift 1.— DM.

Die große Wende

Heute sind seit der Beendigung der Schlacht von Stalingrad sieben Jahre vergangen. Mit dieser Schlacht erzwang die Rote Armee unter Führung von J. W. Stalin die große Wende in dem unseligsten aller Weltkriege. Hitlers Traum von der Weltherrschaft und der Unterdrückung fremder Völker war ausgeträumt.

Am 19. August 1942 hieß es in einem Befehl des OAK 6 der Hitlerarmee: „Die 6. Armee stößt in den Raum hart nördlich Stalingrad bis an die Wolga durch, während gleichzeitig Teilkräfte von Nordwesten in die Stadt eindringen und sie nehmen.“ (!) Am 23. August, abends, standen Panzer des XIV. Panzer-AK in Rynok, der nördlichsten Vorstadt Stalingrads. Die Divisionen des II. AK (von Seydlitz) rückten konzentrisch auf die Stadt vor. Hitler befahl, Stalingrad ohne Rücksicht auf Verluste nicht später als am 25. August 1942 zu nehmen. Drei Tage lang wurde die Stadt ununterbrochen mit Bomben belegt. Rund 2000 Flugzeuge und über 1500 Geschütze unterstützten die im September dort kämpfenden 36 Divisionen der 6. Armee und der 4. Panzerarmee. Am 14. September gelang in der Nähe des Bahnhofs ein Einbruch in die Stadt. Am 22. September wurde an einem isolierten Punkt die Wolga erreicht. Aber die Stadt fiel nicht!

Der Oberste Befehlshaber der Roten Armee, J. W. Stalin, gab den historischen Befehl, den Angriff der Hitlerarmee zum Stehen zu bringen. „Keinen Schritt zurück!“ Unter General W. T. Tschuikow verteidigten die Kämpfer der 62. Armee und die Einwohner der Stadt jedes Haus. In Eilmärschen rückten weitere sowjetische Truppen heran.

Am 19. November 1942 gingen die Sowjettruppen der südwestlichen, der Don- und der Stalingrader Front zum Gegenangriff über. In zwei Richtungen, nordwestlich und südlich von Stalingrad, durchbrachen sie die deutsche Verteidigung in einer Breite von 20 bis 30 km, zerschlugen ihre Flanken und schlossen bereits am 23. November einen festen Ring um die hitlerfaschistische 6. Armee und die 4. Panzerarmee. Mansteins Versuch, mit bedeutenden Panzerkräften von außen die Umklammerung zu durchbrechen, scheiterte. Gleichzeitig gingen die Sowjettruppen auf Befehl von J. W. Stalin am mittleren Don zum Angriff über und warfen die Landräuber um 200 bis 300 km zurück. Die Lage der eingekesselten Paulus-Armee war hoffnungslos. Das sowjetische Oberkommando schlug durch den späteren Hauptmarschall der Artillerie, Woronow, und den heutigen Verteidigungsminister Polens, Marschall Rokossowski, dem deutschen Oberkommando vor, sich zu ergeben. Paulus lehnte ab. „Wenn der Feind sich nicht ergibt, wird er vernichtet.“ Nach diesem Grundsatz wurden in der Zeit vom 10. Januar bis 2. Februar 1943 zwei deutsche Elitearmeen in Stärke von über 330 000 Mann zusammengeschossen und liquidiert. Nur ein Drittel ihres Bestandes geriet in Gefangenschaft, etwa 91 000 Mann, darunter 2500 Offiziere und 24 Generäle mit Generalfeldmarschall Paulus an der Spitze. Die Kriegsgeschichte kannte bis dahin keine Einkesselung und Vernichtung solcher Truppenmassen. Die Ueberlegenheit der wissenschaftlichen Kriegsführung durch Stalin und die sowjetischen Kommandeure wurde aller Welt offenbar. Stalingrad war die größte Schlacht und der größte Sieg aller Zeiten.

Blick in die Stalingrader Auto-Fabrik

Ich war in Stalingrad

Was der Schriftsteller Willi Bredel bei der Kapitulation erlebte

Der Schriftsteller Willi Bredel sprach in jüngster Zeit in einigen Städten Westdeutschlands zu den geistig und kulturell Schaffenden. Zuletzt am 20. Januar in München, wo er einen Erlebnisbericht über die Kapitulation der Paulus-Armee in Stalingrad gab. Bredel hatte als politischer Emigrant in der Sowjetunion persönlich Gelegenheit, die Niederlage der 6. Armee in Stalingrad zu erleben und den Kapitulationsverhandlungen beizuwohnen.

300 000 umklammert

Großspurig hatte Hitler zu Beginn der Kämpfe um Stalingrad behauptet, Stalingrad würde ein zweites Verdun werden. Die sowjetische Kriegführung hatte den hitlerischen Plan durchschaut und traf rechtzeitig ihre Gegenmaßnahmen.

Am 21. November 1942 erhielten die sowjetischen Truppen den Befehl, die 6. deutsche Armee und das ebenfalls bei Stalingrad stehende 4. Panzerkorps einzuschließen und zwei Tage später hatte sich der Ring um die deutschen Truppen geschlossen. 300 000 deutsche Soldaten waren von einer eisernen Klammer umfaßt. Es war tiefer Winter und die Austüstung der deutschen Sodaten war auch in diesem zweiten russischen Kriegswinter in keiner Weise den Verhältnissen angepaßt. Wieder besaß bei Einbruch der Kälte die Mehrzahl keine Winterkleidung.

In der Steppe vor Stalingrad gab es keine schützenden Wälder, es gab nur bestenfalls einige Steppenschluchten, in denen man sich notdürftig gegen Sturm, Kälte und Schneetreiben schützen konnte.

„Haltet aus, der Führer haut Euch raus!“

General Seydlitz forderte, in dieser Lage einen Durchbruchsversuch mit den verhältnismäßig noch frischen Kräften von innen zu machen. Hitler aber befahl den 300 000, sich nur zu verteidigen, die Befreiung würde von außen kommen.

Damals prägte Manstein das Wort: „Haltet aus, der Führer haut Euch raus!“

Auf Einladung des sowjetischen Schriftstellers Scherpakow, der verantwortlich für Truppen- und Kriegsgefangenenbetreuung der sowjetischen Armee war, hatten die deutschen Schriftsteller Bredel und Weinert die Möglichkeit, an die Front von Stalingrad zu kommen, um dort den zu erwartenden deutschen Kriegsgefangenen mit Rat und Tat beistehen zu können.

Tausende verhungerten und erfroren

Was Bredel bei und in Stalingrad erlebte, ist unvorstellbar. In den Weihnachtstagen 1942 kamen sie an der Stalingrad-Front an. Dieses Weihnachten war für die, durch die verbrecherrische faschistische Kriegsführung in eine ausweglose Situation getriebenen Landser, von unglaublicher Traurigkeit. Görings vielgepriesene Luftwaffenversorgung reichte bei weitem nicht aus, auch nur einen Bruchteil der 300 000 Eingeschlossenen zu versorgen. Hunger, Kälte und Typhus dezimierten die deutschen Soldaten. Es gab für sie in ihrer Verzweiflung nur eine vergebliche Hoffnung: „Der Führer haut uns raus!“ Holzkreuze von Gräbern, Autoreifen, Lastwagenteile, alles irgend Brennbare wurde verfeuert, um nicht zu erfrieren. Trotzdem kamen Tausende um.

Sowjetische Parlamentäre beschossen

Am 9. Januar richtete das sowjetische Oberkommando an die Eingeschlossenen ein Ultimatum zur Kapitulation. Darin wurde den Offizieren und Mannschaften das Leben garantiert, den Offizieren außerdem die Beibehaltung der kalten Waffen und für die gesamte eingeschlossene Armee die Unterbringung in besonderen Lagern im europäischen Rußland.

Das Oberkommando der 6. Armee wies — nach Rückfrage beim „Führerhauptquartier“ dieses Ultimatum zurück. Außerdem hatte Hitler den Befehl erlassen: Auf Parlamentäre ist das Feuer zu eröffnen! — Wenige Tage später sandte die Sowjetarmee neue Parlamentäre. Die Paulustruppen führten getreu den „Führerbefehl“ aus und empfingen die Unterhändler mit einem Feuerstoß. Einer der Parlamentäre wurde schwer verletzt. Die verständliche Antwort auf dieses Verhalten war, daß die sowjetischen Truppen nun neuerdings das Feuer auf die eingeschlossene Armee eröffneten. Siebenfach gestaffelt stand die sowjetische Artillerie.

Kapitulation in Paradeuniform

Zehn Tage später fuhren sowjetische Panzer in den Kessel von Stalingrad ein und beendeten die Tragödie. 240 000 deutsche Soldaten waren in diesen Wochen vor Stalingrad und in Stalingrad gefallen, verhungert, erfroren, oder ein Opfer der Seuchen geworden.

Sich gefangen zu geben war verboten und Widerstand bis zum letzten Atemzug befohlen worden. Jetzt, als die sowjetischen Panzer in der Nähe ihrer eigenen Bunker aufrollten, zeigte die deutsche Generalität Bereitschaft zur Kapitulation und selbst in dieser Situation war ihre erste Forderung, „Wünsche“ zu äußern. Der „letzte, verzweifelte Kampf“ der deutschen Generäle in Stalingrad, wie in den Wehrmachtberichten so schön gesagt wurde, war von widerlicher Niedrigkeit.

J. W. Stalin

erklärte in seiner Rundfunk-Rede am 3. Juli 1941:

„Dieser vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufbezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen.“

In dem Keller eines Stalingrader Warenhauses hatte sich der Paulus-Generalstab niedergelassen. Kostbare Teppiche, aus dem weiten besetzten sowjetischen Gebiet zusammengestohlen, hingen an den Wänden und bedeckten die Fußböden. Als die sowjetischen Offiziere und mit ihnen Willi Bredel den Kellerraum betraten, der für die Verhandlungen vorgesehen war, bot sich ihnen ein sensationelles Bild. Vor ihnen, um einen ovalen Tisch versammelt, hatte die deutsche Generalität Aufstellung genommen, frisch rasiert, in Paradeuniform, mit Orden und Ehrenzeichen angetan, und nach Eau de Cologne duftend. Wortführer der Deutschen war Generalleutnant Schmitt, mit gepflegtem Spitzbart, der bat, die Wünsche der Generalität vortragen zu dürfen. Generalmajor Lapin, ein ehemaliger Eisendreher, der sowjetische Kommandeur, nickte. Wer nun glaubt, daß die duftende Generalität wenigstens in dieser Stunde an den Rest ihrer Armee dachte, die halb krepiert in den Höhlen und Kellerlöchern von Stalingrad hauste, der muß enttäuscht werden.

Der erste Wunsch, den Generalleutnant Schmitt äußerte, war: Die Herren Generäle bitten, den Rest ihres Proviantes mit in die Gefangenschaft nehmen zu dürfen.

TAG VON STALINGRAD

Ihr Mütter Deutschlands!

Ihr Mütter Deutschlands, die ihr habt verloren
Im zweiten Weltkrieg eure Söhne, hört:
Der euch gefallen ist, wird neu geboren,
Und euer Heiligtum bleibt unzerstört.

Wenn ihr gewillt seid, Deutschland zu erretten
Und gebt der Freiheit euer Mutterwort
Dann schwebt ein Segen über Trümmerstätten
Und in uns leben eure Söhne fort!

Johannes R. Becher

Erlebnisbericht von einem, der im Kessel war

Lang ist die Nacht in der Steppe. Sehnsüchtig wartet der Landser in seinem Loch auf die Morgendämmerung. Es hat geschneit. Vor dem Bataillonsgefechtsstand, einige Kilometer hinter der vordersten Linie, herrscht am Morgen des 11. Dezember 1942 lebhaftes Treiben. Neuer Ersatz ist gekommen, ausgekämmt aus den verschiedenen Einheiten der 6. Armee, Troßleute, Handwerker, Fahrer aus den rückwärtigen Truppenteilen. Sie sollen ihre „Feuerprobe“ bestehen.

In Gruppen stehen sie eng um ein kleines Feuer geschart und warten. Ein blutjunger Soldat in einem bis auf die Fußknöchel fallenden, durchlöcherten Feldmantel spricht mit glänzenden Augen von der Heimat. „Laßt man, bald kann alles vorüber sein, und wir liegen irgendwo in einem Steppendorf in Ruhe.“ Er reckt sich. Die Sonne bricht gerade durch das eintönige Grau des Schneehimmels, als in unmittelbarer Nähe des Feuers kurze harte Schläge die Erde aufwühlen. Die Landser spritzen zur Seite und suchen Deckung. Der Junge mit seiner Flasche bekommt große, erstaunte Augen, dreht sich langsam um sich selbst und fällt wie ein Sack zu Boden. Zögernd kommen die Landser aus der Deckung. Einer beugt sich über den Jungen. In den starren Augen steht noch immer das Erstaunen, als wolle er sagen: was macht ihr denn mit mir? Ein Granatsplitter durchschlug seine Kehle. Er hat recht gehabt. Für ihn ist alles vorüber.

Vier Wochen später. Um Mitternacht erscheinen die Reste meines Bataillons beim Regimentsgefechtsstand. Auf Händen und Füßen gleiten die Soldaten den Abhang hinab. Sie sind mit letzter Kraft vor den Sowjettruppen geflohen. Sehnsüchtig warten sie auf den Befehl, der ihnen für den kommenden Morgen eine Besserung der Lage bringen soll. Schlafen wollen sie, nichts als schlafen. Sie dürfen nicht schlafen. Noch in der Nacht geht die Flucht weiter. Befehlsgewohnt setzt sich die Kolonne in Bewegung. Der Todesmarsch beginnt.

„Wieviel Kilometer noch?“ „Vierzehn!“ „Woher weißt du das?“ „Wir kämpften hier vor vier Monaten um eine Verteidigungsstellung. Ich mußte öfter diese Strecke fahren.“ Der Fragende schüttelt hilflos den Kopf. Die Hände krampfen sich in den Manteltaschen. Vierzehn Kilometer! Er torkelt weiter. Einsetzender Schneesturm läßt kaum den Vorderman erkennen. Da fällt einer. Kameraden wollen ihn hochzerren. Vergeblich. Er bleibt liegen. Die Nachkommenden machen fluchend einen Bogen um ihn. „Der wievielte schon?“ „Ich habe vierzig gezählt!“ „Vierzig! Wir marschieren erst eine Stunde. Das Gespräch verstummt. Weiter hinten flackert ein neues auf. „Wie im Winter 41 vor Moskau. Dieselbe Hundekälte, nichts Warmes in und um den Leib.“ „Damals hatten wir wenigstens den Rücken frei.“ Der Sturm treibt mit verstärkter Wucht die Flocken in die geschwollenen, müden Augen der Sprechenden. „Ja, den Rücken frei“, lalle ich und sinke in die Knie. „Menschenskind, mach die Augen auf! Du schläfst ja gleich ein!“ „Unsinn, ich schlafe doch nicht.“ Gewaltsam reiße ich die Augen auf. Ich war tatsächlich daran, im Laufen einzuschlafen. „Wenn du hier umkippst, ist's aus mit dir“, ruft mir jemand von der Seite zu. „Immer reden, reden, damit man munter bleibt“, ermahnt mich mein Nebenmann, der Sanitäter. „Reden, reden“, wiederhole ich, „bloß nicht einschlafen.“ — —

Der Schnee fällt so dicht daß man kaum die Augen offenhalten kann. Vor mir wankt wieder jemand, bricht zusammen. Ich will ihn hochhalten. Der Sanitäter stößt mich fort. „Laß, es hat keinen Zweck. Weiter! Sonst geht's uns auch so.“ Plötzlich fällt Scheinwerferlicht auf die gekrümmten Rükken der Dahinschleichenden. Ein Lastkraftwagen fährt an der Todeskolonne vorbei. Einige Landser hängen sich wie Trauben an die Rückwand, pressen sich auf die Trittbretter am Führersitz, packen die herabhängenden Ketten und lassen sich mitschleifen. Ihre schwachen Kräfte erlahmen bald vollends. Sie stürzen in den Schnee, bleiben liegen. Nur wenigen gelingt es, sich wieder aufzurichten. Das kleine, rote Schlußlicht blinkt noch einmal auf. Es ist wie ein letzter Gruß des Lebens an die Todgeweihten: „Du, wir haben es bald geschafft!“ Der Sanitäter stößt mich an. Verständnislos schaue ich auf. „Nur noch vier Kilometer!“ Mir ist's, als müßte ich ewig so weiter laufen. Nach einer Zeit wortlosen Dahintrottens blicke ich zur Seite. Ein anderer läuft neben mir, den ich nicht kenne. Ich sehe mich um und suche den Sanitäter. Er ist nicht mehr da.

Sturm und Schneefall lassen nach, da schallt von vorn ein lautes Rufen. Wir sind am Ziel! Ich krieche in eine Holzbaracke, die brechend voll von verwundeten, stöhnenden Soldaten ist. Ein großer Ofen in der Mitte verbreitet Wärme. Ich klappe im Stehen zusammen, rutsche zwischen zwei anderen Männern zu Boden und bin, zusammengekauert, den Kopf auf den Knien, sofort eingeschlafen.

Draußen bricht ein neuer Morgen an. Die Wolkendecke ist aufgerissen. Die Sonne kommt hervor. Sie breitet ihre goldgelben Strahlen über die weiße Steppe aus, die in der vergangenen Nacht zum Leichentuch so vieler deutscher Soldaten geworden ist. Unser Leben wurde gerettet. Wir gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Herbert Martin.

Kriegsspielerei und „Die Goldene Kugel“

Die nur noch in Atomen denkenden amerikanischen Kriegsstrategen überschlagen sich. Aus New York kolportieren sie jetzt die Meldung, japanische Sterngucker hätten am 16. Januar eine gewaltige Explosion auf dem Mars gesehen, deren Auswirkung einer Atom-Explosion gleichkäme. Bums! Da haben wir es also wieder. Unter dem scheinen's die Amerikaner nicht mehr machen zu wolmen, wenn es gilt, die Gemüter in Erregung zu halten.

Sie beabsichtigen natürlich, diese „Angelegenheit' zu überwachen. Selbstverständlich von Westdeutschland aus, „weil sich von hier der Mars am besten beobachten lasse“.

Uns scheint allerdings, daß in Amerika die Krankheit Forrestals, der bekanntlich aus dem Fenster eines Irrenhauses sprang, nicht mit ihm ausgestorben ist. Forrestal wechselte seinerzeit direkt vom Kriegsministerium ins Irrenhaus über. Dort hielt er das Heulen einer Feuersirene für den Einmarsch russischer Panzer und wurde derart hoffnungslos, daß er es vorzog, aus dem Fenster zu springen.

Krankheiten, an denen Forrestal litt, können sich für friedliebende Menschen gefährlich auswirken. Man muß derartige Leute also immer im Auge behalten.

*

Als uns diese Mitteilung auf den Schreibtisch flatterte glaubten wir erst, unseren Augen nicht zu trauen. Wir hatten am selben Tage in einer Redaktionssitzung festgelegt, daß wir den ausgezeichneten Zukunfts-Roman „Die Goldene Kugel“ von Ludwig Turek, den der Dietz-Verlag (Berlin) herausbrachte, in unserer Zeitung zu veröffentlichen. Turek schildert in seinem Roman, wie ein von den Bewohnern der Venus entsandtes Weltraumschiff als leuchtende Kugel am Firmament auftaucht. Die Menschen halten den Boten von der Venus für einen neuen Stern. Die tollsten Vermutungen werden ausgesprochen.

In schnellem Tempo nähert sich „Die Goldene Kugel“ unserem Planeten. Plötzlich schwankt sie von ihrer geraden Bahn ab und steuert den Mond an, den sie ganz umkreist, um sich dann mit rasanter Schnelligkeit dem amerikanischen Kontinent zu nähern. Entsetzt halten die Amerikaner den Atem an.

*

Dieses Buch, so nahmen wir an, wäre bereits ins Englische übersetzt worden und hätte bei den Amerikanern einen ähnlichen Schock ausgelöst, wie seinerzeit die Radioübertragung eines fiktierten Angriffs vom Mars. Dem war aber nicht so, wie wir später feststellen konnten. Amerikanische Stellen hatten allen Ernstes die eingangs erwähnte Behauptung aufgestellt, um weiterhin ungestört ihr Spiel mit den Atombomben weiterspielen zu können. Solange, bis eines Tages die Völker Halt gebieten und mit der ganzen Kriegsspielerei Schluß machen, so wie Ludwig Turek es in seinem spannenden Roman „Die Goldene Kugel“, schildert, den wir ab Samstag in unserer Tageszeitung veröffentlichen.

Wie „Papachen“ den Lehrer bestach

Am 29. Januar 1860 wurde der große russische Dichter Anton Tschechow geboren. In dem nur zwei Jahrzehnte umfassenden Zeitraum seines Schaffens — er starb bereits mit 45 Jahren in Badenweiler an einem Lungenleiden — hat er der Welt eine Fülle von ausgezeichneten Erzählungen und Novellen geschenkt, die ihn als Meister der russischen Kurznovelle Weltberühmtheit gewinnen ließen. Seine Dramen, die ihn auf diesem Gebiet nicht weniger berühmt machen, werden noch heute auf allen Bühnen der Welt aufgeführt.

Die folgende Erzählung, wie ein reicher Papa den Lehrer seines Sohnes besticht, ist gekürzt seiner Sammlung „Bunte Geschichten“ entnommen und charakteristisch für Tschechows geniale, satirisch-humorvolle und dabei scharf gesellschafts-kritische Erzählerkunst.

„Nach Gewohnheit der Mehrzahl der Papachen betrat er ohne Anmeldung die Wohnung des Arithmetiklehrers.

— Entschuldigen Sie, — begann Papachen mit gewinnendem Lächeln. — Ich habe vielleicht... Ich störte Sie vielleicht irgendwie. Ich verstehe sehr gut... Geht es Ihnen gut? Ich habe die Ehre mich vorzustellen... Gehöre nicht zu den Unbekannten, wie Sie sehen... Auch Staatsdiener. Ha! Ha! Bitte, lassen Sie sich nicht stören!

Der Herr Lehrer lächelte ein wenig des Anstandes wegen und bat höflich einen Sessel an. Papachen drehte sich auf einem Bein um und setzte sich.

— Ich bin gekommen, — fuhr er fort, indem er dem Herrn Lehrer seine goldenen Zähne zeigte, — um mit Ihnen zu sprechen... Hm ja!... Sie entschuldigen natürlich... Ich bin kein Meister in gelehrten Ausdrücken. Unsereins, wissen Sie, ist immer ganz einfach. Ha, ha! Sie haben auf der Universität studiert?

— Ja, auf der Universität.

— So... nun ja... Heute ist es recht warm... Sie haben da, Iwan Fjodoritsch, meinem Sohn einen Vierer gegeben... Hm... — ja!... Doch das macht nichts, wissen Sie!... Jeder, wie er es verdient... Wie man's treibt, so geht's... Ha! Ha!... Aber wissen Sie, es ist doch unangenehm. Faßt denn mein Sohn die Arithmetik wirklich schlecht auf?

— Wie soll ich's Ihnen sagen. Nicht gerade schlecht, aber, wissen Sie, er arbeitet nichts. Ja, er entspricht schlecht.

— Aber bitte, Iwan Fjodoritsch! Mein Sohn arbeitet ausgezeichnet. Ich arbeite selber mit ihm... Er sitzt Nächte hindurch... Er weiß alles sehr gut... Nun und wenn er Dummheiten macht... das ist eben die Jugend... Wer von uns war nicht jung? Habe ich Sie doch nicht gestört?

— Aber bitte, bitte!... Ich bin Ihnen sogar sehr dankbar... Ihr, Väter, seid so seltene Gäste bei uns Pädagogen...

— Selbstverständlich... Mein Sohn wird also nicht in die vierte Klasse aufsteigen?

— Er hat nicht nur in der Arithmetik einen Vierer im Jahresmittel

— Ich kann ja auch zu den andern fahren. Nun aber wegen der Arithmetik? He, he, he... Werden Sie es korrigieren?

— Lieber Herr, das kann ich nicht! (Der Lehrer lächelte.) Kann ich nicht!... Ich möchte ja gerne, daß Ihr Sohn aufsteigt. Ich habe mich mit allen Kräften bemüht, aber Ihr Sohn arbeitet nicht.

— Ein junger Bursch... Was kann man da tun?! Aber Sie werden es schon in einen Dreier verbessern.

— Das kann ich nicht.

Was erzählen Sie mir da? Als ob ich nicht wüßte, was geht und was nicht geht. Iwan Fjodoritsch!

Was würden die Besitzer der anderen Vierer sagen? Es wäre ungerecht, wie man's auch drehen mag. Ich kann wirklich nicht.

Papachen zwinkerte mit einem Auge.

Wir werden keine langen Geschichten machen. Es ist doch keine solche Sache, daß man darüber drei Stunden lang Allotria treiben könnte... Sagen Sie mir, was halten Sie nach ihrer Ansicht, nach der Ansicht eines Gelehrten für gerecht? Wir wissen schon, was das heißt Eure Gerechtigkeit. Ha! Ha! Iwan Fjodoritsch! Sie haben meinem Sohn ja mit Absicht einen Vierer gegeben... Wo ist da Ihre Gerechtigkeit?

Der Lehrer machte große Augen, aber warum er sich nicht beleidigt fühlte, das wird mir für ewig das Geheimnis eines Lehrerherzens bleiben.

— Mit Absicht, — fuhr Papachen fort. — Sie haben den Gast erwartet. Ha! Ha! Ha!... Nun?... Aber bitte... ich bin einverstanden... Wissen Sie... hm ja... die alten Gewohnheiten sind besser als alles andere und nützlicher... So viel ich hab, so viel geb ich. Sie, — fuhr Papachen fort — sollen sich nicht chokieren... Ich verstehe doch... Wer sagt, daß er kein Geld annimmt, der nimmt es... Wer nimmt den heutzutage nicht? Das geht nicht, Liebster, daß man nichts annimmt... Sie sind offenbar noch nicht daran gewöhnt? Bitte sehr!

— Nein, um Gottes Willen!

— Ist's zu wenig? Nun, mehr kann ich nicht geben... Nehmen Sie's nicht?

— Aber bitte sehr!...

— Wie Sie wollen... Nun korrigieren Sie dann den Vierer... Nicht so sehr ich bitte Sie darum, als die Mutter... Sie weint, wissen Sie... hat Herzklopfen und so weiter...

— Seien Sie meines vollsten Mitgefühls mit Ihrer Frau Gemahlin versichert, aber ich kann nicht.

Es würde ja nichts schaden, wenn man ihn aufsteigen läßt... In welcher Rangklasse sind Sie?

— Titularrat... Im übrigen, dem Amt nach in der achten Klasse. Hm!

— So, so... Nun, wir beide werden uns schon vertragen... Mit einem einzigen Federstrich, wie? Nicht wahr? Ha! Ha!...

— Ich kann aber nicht, wenn Sie mich erschlagen, ich kann nicht.

Papachen schwieg ein wenig, dachte nach und unternahm einen neuen Angriff auf den Herrn Lehrer. Dieser Angriff dauerte noch geraume Zeit. Der Lehrer mußte noch zwanzigmal sein unabänderliches: „Ich kann nicht! wiederholen. Endlich wurde Papachen auch dem Lehrer lästig und schon sehr unerträglich.

— Wanja, du mußt schon fahren! — rief die Lehrerin aus dem zweiten Zimmer.

Papachen versperrte mit seiner breiten Figur dem Lehrer den Weg zu Tür. Der Lehrer verlor seine letzte Kraft. Schließlich kam er auf eine, wie er meinte, geniale Idee.

— Hören Sie, — sagte er zu Papachen. — Ich werde nur dann ihrem Sohn den Vierer im Jahreszeugnis ausbessern, wenn auch meine anderen Kollegen ihn in ihren Fächern mit einem Dreier durchkommen lassen.

— Ehrenwort?

— Ja, ich werde es korrigieren, wenn die andern es tun.

— Gemacht! Ihre Hand! Sie sind kein gewöhnlicher Mensch, sondern ein Prachtkerl! Ich werde den anderen sagen, daß Sie korrigiert haben. Also lassen wir fünf gerade sein! — Eine Flasche Champagner auf meine Rechnung. Und wann kann man die Herren zu Hause treffen?

— Eventuell gleich jetzt.

— Nun, wir werden unsere Bekanntschaft doch nicht fallen lassen? Kommen Sie doch einmal ohne Umstände auf ein Stündchen zu uns?

— Mit Vergnügen, leben Sie wohl!

— Au revoir! Ha! Ha! Ha! Junger Mann! Leben Sie wohl... Ihren Herrn Kollegen soll ich doch selbstverständlich von Ihnen einen Gruß bestellen? Ich werde es ausrichten, gewiß. Ihrer Frau Gemahlin meine ergebenste Verehrung... Besuchen Sie uns.

Papachen machte einen Kratzfuß, setzte den Hut auf und verflüchtigte sich.

— Ein netter Bursch! — dachte der Herr Lehrer und sah dem fortgehenden Papachen nach. — Ein netter Bursch. Wes sein Herz voll ist, des geht sein Mund über. Einfach und gut, wie man sieht... Ich habe solche Leute gern.

Am Abend jenes Tages saß auf Papachen Knien wieder Mamachen (erst nachher wieder das Stubenmädchen). Papachen versicherte sie, daß ‚unser Sohn' aufsteigen wird und daß man Gelehrte nicht so sehr mit Geld, als mit angenehmen Umgangsformen und äußerst höflichem Angriff auf die Gurgel bestechen kann.

Er hatte Erfolg. Das Beispiel ist ansteckend.

Anton Tschechow

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nachahmenswert!

In Heidelberg hat unser Genosse Hans Gärtner innerhalb 8 Tagen für den Aufbau unserer Druckerei 80 DM gesammelt.

Für diese kurze Zeit wirklich eine beachtliche Leistung! Sie ist umsomehr anzuerkennen, als dieser Betrag durchweg in Kreisen gesammelt wurde, die keinen unmittelbaren Kontakt zu unserer Partei haben.

Der gleiche Genosse hat außerdem seit dem 1. November 1949 30 Tages-Abonnenten für das „Badische Volksecho" geworben.

Wer macht's noch besser?

•

Ein anderer Heidelberger Genosse — ein Student — hat während der Semesterferien 18 Abonnenten für unsere Tageszeitung „Badisches Volksecho" geworben.

Auch diese Leistung sei hier gebührend anerkannt. Hoffentlich finden sich viele Nachahmer!

•

Auch die kleine Ortsgruppe Sulzfeld im Kr. Sinsheim wollen wir nicht vergessen und sie hier lobend erwähnen. Diese nur neun Mitglieder starke Ortsgruppe hat in den letzten vier Wochen 4 weitere neue Abonnenten geworben und verfügt jetzt über 10 Tages- und 9 Wochenabonnenten.

Eine kleine aber wirklich aktive Ortsgruppe, die sicherlich für viele größere Wohngebiets- und Betriebsgruppen ein gutes Vorbild ist.

Und welche Erfolge habt ihr zu melden?

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Daxlanden. Am Donnerstag, den 2. 2. 1950, in der „Sonne" Mitgliederversammlung. Referent: F. Heid.

Südwest. Am Donnerstag, den 2. 2. 1950, um 20 Uhr, im „Schrempp'schen Bierkeller" Mitgliederversammlung. Referent: W. Wasserthal.
Thema bei beiden Mitgliederversammlungen: Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes zur ideologischen und politischen Festigung der Partei.

West. Am Freitag, den 3. Februar 1950, um 20 Uhr, im „Württemberger Hof" Mitgliederversammlung. Referent: J. Schlimmer.

Mühlburg. Am Freitag, den 3. Februar 1950, um 20 Uhr, in der „Brunnenstube" Mitgliederversammlung. Referent: H. Kelar.

Ost. Am Freitag, den 3. Februar 1950, um 20 Uhr, im „Georg Friedrich" Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Bammental. Am Donnerstag, den 2. 2. 1950, um 20 Uhr, im Lokal „Deutsches Reich" Mitgliederversammlung.

Eberbach. Am Donnerstag, den 2. 2. 1950, um 20 Uhr, in der Wohnung des Gen. Safferling, Bahnhofstr. 22, Funktionärsitzung.

Veranstaltungen der KPD Pforzheim

Funktionärsitzung. Am Donnerstag, den 2. 2. 1950, um 19 Uhr, im Parteibüro. Thema: „Die ideologische Festigung der Partei". Referent: Gen. Schick.

Dillstein. Am Freitag, den 3. Februar 1950, um 20 Uhr, im „Adler" Mitgliederversammlung. Referent: K. Joos.

Ist das kein Grund zur Beunruhigung?

Weitere 1910 Arbeitslose im Amtsbezirk Heidelberg innerhalb von 14 Tagen

Allein in der Tabakindustrie wurden im Monat Dezember 1949 1300 Frauen entlassen. Gerade die Massenentlassungen in der Zigarrenindustrie trugen wesentlich zur katastrophalen Arbeitsmarktlage im Bezirk Heidelberg bei.

Bereits nach dem ersten Weltkrieg war infolge des schwachen Zigarrenverbrauchs die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie beträchtlich angestiegen, doch hatte sich später der Umsatz von Zigarren von Jahr zu Jahr gesteigert, ist aber heute auf ein Drittel der Produktion von 1939 abgesunken.

Diese Tatsache wirkte sich in der im Bezirk Heidelberg stark vertretenen Tabakindustrie derart aus, daß unter den 2047 Zustimmungen des Arbeitsamtes für Entlassungen sich allein 1639 Zigarrenarbeiter und 61 Beschäftigte einer Wickelformfabrik befinden. **Von diesen Entlassungen sind rund 80 Prozent Frauen.**

In den letzten 3½ Monaten wurden rund 550 Jugendliche auf die Straße geworfen. Schon im Dezember 1949 gab es 1050 arbeitslose Jugendliche bis zu 18 Jahren und 2900 von 18 bis 25 Jahren. Außerdem warteten 1400 Jugendliche, die letztes Jahr aus der Schule kamen, auf eine Lehrstelle. Somit gab es Ende Dezember 5350 Jugendliche ohne Arbeit, was einen Anteil von rund 40 Prozent aller Erwerbslosen darstellt.

Betriebsschließungen — Entlassungen — Kurzarbeit

In Sulzfeld, Kr. Sinsheim, hat die Strumpf- und Wirkwarenfabrik Wüttner ihren Betrieb geschlossen und damit 98 Arbeitskräfte existenzlos gemacht. **In der Textilindustrie** ist die Arbeitslosigkeit bis Ende Dezember um 61 angestiegen, so daß es jetzt rund 160 arbeitslose Textilarbeiter und -arbeiterinnen im Arbeitsbezirk Heidelberg sind.

In der Holzindustrie hat sich bei der Faßfabrik Kurz in Neckargemünd in den letzten Monaten die Beschäftigtenzahl von 97 auf 38 verringert. Ob weitere Entlassungen noch vorgenommen werden müssen, ist zurzeit noch nicht abzusehen, praktisch aber auch nicht möglich, da sonst der Betrieb als ganzes überhaupt nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

In der Bekleidungsindustrie wurde bei der Firma Gustav Hoffmann, Heidelberg, die Arbeitszeit von 48 auf 32 Stunden in der Woche gekürzt und bei den Badenia-Lederwerken in Wiesloch sechs Männer und 62 Frauen entlassen und für die restliche Arbeitnehmerschaft Kurzarbeit eingeführt. Die Firma Löchner und Döppel in Wiesloch hat ebenfalls ihre wöchentliche Arbeitszeit auf 32 Stunden herabgesetzt. Auch bei der Firma Otto Siebeck, Schuhfabrik in Eberbach, wurden wegen Auftragsmangel 65 Arbeitskräfte entlassen und Kurzarbeit soll eingeführt werden. In Dielheim wurden bei der dortigen Filiale der Firma Peki-Kleidung, Heidelberg, 35 Entlassungen vorgenommen.

Auch im Baugewerbe hatte im Dezember, trotz der damals noch günstigen Witterungsverhältnisse, die Entlassungswelle weitere 517 Baufach- und Bauhilfsarbeiter erfaßt. Seit Oktober letzten Jahres waren auf diesem Sektor 750 Entlassungen vorgenommen worden.

Wir glauben nicht mehr an den „Storch"!

Diese wenigen Beispiele zeigen, in welchem Umfang sich der Niedergang der westdeutschen Wirtschaft vollzieht. Sprunghaft klettern die Arbeitslosenziffern in die Höhe, und diese erschreckende Feststellung ist für den „Arbeits"-Minister Storch keineswegs beunruhigend.

Die Arbeiter in den Betrieben und diejenigen, die heute die Schlangen vor den Stempelstellen bilden, sprechen von ihm nicht mehr als vom Arbeitsminister sondern vom Arbeitslosenminister. Bei ihnen wurde es zum geflügelten Wort, daß sie nicht mehr an den „Storch" glauben.

Mit diesem ironisierenden Spruch ist es jedoch nicht getan. Beißender Spott ersetzt noch nicht die erforderliche Kampfkraft der Arbeiterklasse, die angesichts der Situation von Tag zu Tag wachsen muß, wenn nicht noch weitere Millionen schaffender Menschen die Geißel der Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen sollen. -ko-

Jungarbeiter und Lehrlinge!

Es geht um eure Zukunft

Protestversammlung der Jugend gegen Entlassungen

Heidelberg. Gegen die sich steigernde Entlassung von Jugendlichen aus den Betrieben hat der FDJ-Kreisvorstand Heidelberg zu einer Protestversammlung am Freitag, den 3. Februar 1950, um 19.30 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses, Rohrbacherstr. 13—15, alle Jugendlichen Heidelbergs und vor allem die Jungarbeiter in den Betrieben aufgerufen.

Es sprechen: Fritz Fischer von der Jugendbelegschaft Stotz-Kontakt, Hermann Nau, Mannheim, Mitglied des Landesjugendausschusses Baden.

In dem Aufruf heißt es, daß von 1,8 Millionen Arbeitslosen 40 Prozent junge Menschen sind. „Ueberall werden Entlassungen durchgeführt, im Norden und Süden des westdeutschen Separatstaates. Auch in Heidelberg wurden zahlreiche Entlassungen vorgenommen: Bei Fuchs Waggonbau, Graubremse und vielen anderen Betrieben.

Neue Entlassungen stehen bevor! Nachdem die Firma Stotz in Heidelberg Ende 1949 bereits 200 Jugendliche entlassen hat, sollen nun wieder junge Menschen in dieser Firma dazu verurteilt werden, sich hinten an die Arbeitslosenschlange vor dem Arbeitsamt anzuschließen.

Aber für den Bundesarbeitsminister Storch „liegt kein Grund zur Beunruhigung vor". Uns beunruhigt das aber sehr.

So kann es nicht mehr weitergehen! Die Feinde der Jugend und des Friedens propagieren schon wieder ihre verderblichen Pläne eines neuen Arbeitsdienstes als „Ausweg" aus dieser Situation. **Hat man keine andere Lösung für die Jugend als den Weg über Arbeitslosigkeit, Arbeitsdienst und Remilitarisierung ins Massengrab?"**

Die arbeitende Jugend Heidelbergs muß geschlossen gegen diese Entwicklung ankämpfen. Darum ist es notwendig, daß die gesamte schaffende Jugend sich zu einer mächtigen Protestversammlung zusammenfindet, um machtvoll ihrer Forderung nach Frieden, Freiheit, Arbeit und Brot für das deutsche Volk und seine Jugend Ausdruck zu verleihen.

Oh, welch' „volksnahe" Gemeindevertretung ist das!

Von Demokratie reden und demokratisch handeln sind zwei Paar Stiefel

Meckesheim. In diesem keineswegs kleinen Ort des Landkreises Heidelberg herrschen sonderbare Verhältnisse. Auch dort gibt es, wie überall, Menschen, die von sich behaupten, gute Demokraten zu sein. Vielleicht sitzen sie wegen dieser Behauptung im dortigen Gemeinderat, und was läge näher, als die Annahme, daß in der praktischen Arbeit ihre demokratische Einstellung sich widerspiegelt?

In der Bevölkerung muß diese Annahme einmal vorgeherrscht haben, sonst wären diese „Demokraten" nicht so zahlreich ins Gemeinde-Parlament gewählt worden. Doch diese Wähler wurden schon während des ersten Jahres und erst recht später arg enttäuscht. So mußten sie feststellen, daß in den letzten neun Monaten nur insgesamt drei öffentliche Gemeinderatssitzungen abgehalten wurden und — was noch weit schlimmer war — daß in diesen Sitzungen Themen behandelt wurden, die man sicherlich nicht als brennende öffentliche Probleme bezeichnen kann. Zum Beweis seien nur aus jeder der drei Sitzungen ein Punkt herausgegriffen: Anschaffung eines Ziegenbocks, Anschaffung eines Zuchtfarrens, Abschaffung eines nicht deckfähigen Ziegenbocks. Das also waren die hochwichtigen öffentlichen Fragen!

Vielleicht steht die Gemeindeverwaltung Meckesheim auf dem Standpunkt, daß die Beschaffung von rentablem Baugelände, die Erstellung von Wohnraum oder gar die Aufstellung des Haushaltsplanes die Bevölkerung nicht interessiert. Vielleicht steht man auch dort auf dem Standpunkt, daß dies die Bevölkerung garnichts angeht. Das praktische Verhalten der Gemeindeverwaltung jedenfalls läßt berechtigterweise diesen Schluß zu.

Nun ist die Bevölkerung von Meckesheim keineswegs so menschenfreundlich, das Verhalten der Gemeindeverwaltung widerspruchslos hinzunehmen, was man ihr, nach den praktischen Erfahrungen, die sie mit ihren „Demokraten" gemacht hat, keineswegs verübeln kann. Darum stellt sie die berechtigte Frage, ob die jetzige Gemeindevertretung das Vertrauen der Bevölkerung überhaupt noch genießt.

Die noch in diesem Jahr stattfindenden Gemeindewahlen werden für die Meckesheimer eine gute Gelegenheit sein, ihre vor mehr als zwei Jahre gefällte Entscheidung zu revidieren und damit selbst zu bestimmen, daß es in Zukunft in Meckesheim etwas demokratischer zugeht als seither. -kn-

Külsheim bemüht sich um Stadtrecht

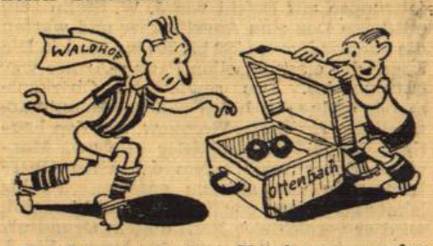
Külsheim/Tauberbischofsheim (lwb). Die Gemeinde Külsheim im Kreis Tauberbischofsheim bemüht sich zur Zeit darum, die Stadtrechte zu erhalten. Die 2500 Einwohner zählende Brunnenstadt im Taubertal hatte bereits im Jahre 1292 zusammen mit Frankfurt das Stadtrecht erhalten, es im Jahre 1942 jedoch wieder verloren.

Toto-Tips

Der letzte Mann

Wenn ihr in den Tagen vor der Tipzettel-Abgabe sämtliche Sportzeitungen durchgeackert und euch über die Aufstellungen, Tabellenstand und Form der einzelnen Mannschaften unterrichtet habt, dann wißt ihr immer noch nicht, was die Herren Schiedsrichter am Sonntag auf den Spielfeldern anstellen werden. Sie können euch immer noch einen dicken Strich durch eine sonst richtige Rechnung machen, wie es z. B. am letzten Sonntag denen geschah, die auf Waldhofs Sieg in Frankfurt gesetzt hatten. Sie hatten richtig geraten, aber ein unehrlicher Frankfurter Spieler, der einen schon im Aus befindlichen Ball noch vors Waldhof-Tor schlug, ein Linienrichter, der in diesem Falle völlig versagte, brachten Waldhof um den Sieg und wahrscheinlich auch viele Tipfreunde um den verdienten Gewinn. Solche Vorfälle muß man „einkalkulieren" und dabei immer wieder zu der Erkenntnis kommen: Richtig tippen ist eine Glückssache. Schon bei einem Spiel — und nun erst bei zwölfen!

Da wir gerade von Waldhof gesprochen haben: es hätten gewiß viel mehr Sachverständige am letzten Sonntag für Waldhof getippt, wenn sie gewußt hätten, daß die verschiedenen Invaliden wieder mit von der Partie waren. Hölzer als „Abstauber" vorm gegnerischen Tor oder als Kugelfang im eigenen Kasten — das ist doch ein großer Unterschied. Nun kommen am Sonntag die Offenbacher mit einem großen Koffer nach Waldhof, um sich die zwei Pünktchen wieder zurückzuholen, die Waldhof damals vom Biberer Berg mitnahm. Aber ein Fußballspiel ist kein Winterschluß-Verkauf, und da wird nichts zurückgenommen und zurückgegeben. Die Waldhöfer werden sich die zwei Punkte schon herausnehmen, ehe die Offenbacher den Deckel von ihrem Musterkoffer zumachen.



Die Stuttgarter Kickers werden mit Wehmut an die Zeit denken, als sie noch in Augsburg gegen den BC mit 7:2 gewannen. Sie werden es diesmal wesentlich billiger machen, wenn es nur zu den 2 Punkten langt. Es wird langen. Auch die Stuttgarter Bewegungsspieler erinnern sich an das stolze 5:2 am gleichen Tag gegen den 1. FC Nürnberg. Doch die „Clubberer" haben diesen Kinnhaken auch nicht vergessen und sie werden diesmal Sieger im eigenen Ring sein. Wenn auch nicht durch k. o., so doch nach Punkten. Auch in Augsburg ist eine Revanche fällig. Bei seinem letzten Besuch in Augsburg beim BC kam der deutsche Meister im wahrsten Sinne des Wortes mit einem blauen Auge davon. Diesmal lauert ein Schwabe mit dem Schlußlicht auf den Schienen und will das vorwärts rollende Fäßlein mit dem Meister von den Brauereien zum Entgleisen bringen. Das könnte dem Schwaben wohl gelingen, wenn beim Mannheimer Fahrgestell noch nicht alle Motoren wieder intakt sein sollten.

In München hatten die Bornheimer aus Frankfurt den 1860er Löwen das Futter weggenommen. Diesmal werden sich die Löwen nicht so ohne weiteres abspeisen lassen und sich wenigstens einen von den beiden Knochen sichern. In Schweinfurt werden die Einträchtigen aus Frankfurt vielleicht etwas unter die Kugelräder kommen. Sie waren ja daheim schon etwas ausgerutscht. Alte Bekannte aus der Landesliga treffen sich am Regensburger Strudel. Vielleicht wird der Fürther Krug hier wieder einmal beim Wasserholen einen Sprung bekommen. Es gab schon in Ronhof beinahe einen Knax. Die Mühlburger mögen daheim die Punkte nicht und bringen lieber von auswärts Gastgeschenke mit. Das Münchener Kindl wird ihnen aber dabei gehörig auf die Finger klopfen. Immerhin, wenn dem Streitle die in Fürth verbogenen Rippen noch nicht wieder zurechtgebogen sind, dann könnten die Mühlburger vielleicht einen Siegesschoppen im Hofbräuhaus genehmigen.

Die Männer von St. Pauli haben am letzten Sonntag in Bremerhaven gut einkassiert. Man könnte ihnen auch in Braunschweig die volle Börse zutrauen. Nachdem die Eintracht aus Singen Stimmbruch bekommen zu haben scheint, wird sie in Konstanz kein Siegeslied anstimmen können. Das große Lokaltreffen im Brötzinger Tal sieht den Altmeister aus Pforzheim in verjüngter Verfassung. Er wird den Brötzingern schon einiges einbrocken — nur keine Punkte. Die Stuttgarter Sportfreunde wurden in Böckingen recht ansehnlich mit 4:0 beschenkt. Sie werden es diesmal heimzahlen.

Warum ich Pfingsten 1950 nach Berlin will

Gedanken zum Deutschlandtreffen

Deutschland-Treffen der Jugend! Mit wieviel Gefühlen, Meinungen, Ansichten mag dieser Ruf der FDJ an alle jungen Deutschen aufgenommen worden sein, von freudiger Zustimmung über uninteressiertes Zur-Kenntnis-nehmen bis zur Ablehnung. Darum will ich ganz einfach versuchen, meine Gedanken zu diesem Ereignis darzulegen. Warum eigentlich wurde dieses Deutschland-Treffen überhaupt organisiert?

Nun, ich denke grade an meinen Freund. Gemeinsam haben wir die Schule besucht. Gemeinsam gingen wir zur Berufsschule. Dann gingen unsere Wege auseinander. Wir blieben Freunde. Aber er strebte mit aller Macht nach oben, er glaubte, sein Leben allein, durch seinen Willen, schön gestalten zu können.

Arbeitslos — das Schicksal im Westen

Heute ist er arbeitslos. Seit Wochen schon holt er sich jede Woche die kümmerliche Unterstützung vom Arbeitsamt. Und bald wird er die „Gnade" der Fürsorge genießen dürfen. „Zum leben zu viel, und zum Sterben zu wenig", meinte er neulich. Und da haben wir schon einen Grund, warum ich unbedingt an Pfingsten dabei sein will, und warum alle, alle Jungens und Mädel aus Deutschland dieses Jugendtreffen als ihr Jugendtreffen betrachten sollten:

Wir wollen uns eine bessere Zukunft bauen. Wir wollen ein Vaterland haben, in dem es keine jungen Deutschen mehr gibt, die aus Not und Verzweiflung sich in ausländische Fremdenlegionen verkaufen. Wir wollen uns auch nicht auf andere verlassen. Wir wollen unserer eigenen Kraft vertrauen. Aber wir wissen auch, daß man für sich allein gestellt, die Not und das Elend nicht ändern kann.

„Die Not und das Elend ändern?", werden vielleicht viele ungläubig fragen. Ja, Freunde, die Not und das Elend ändern! Denkt daran: 500 000 junge Deutsche werden Pfingsten in Berlin sein! Glaubt ihr nicht, daß diese 500 000 eine Macht sind? Und diese 500 000 stehen ja, nicht allein! In den Reihen der Aelteren gibt es noch Unzählige, die uns helfen wollen.

In einem Teil unserer Heimat ist es ja schon gelungen, die Not und das Elend zu vertreiben. Die Freunde aus der Deutschen Demokratischen Republik werden uns Pfingsten selbst erzählen können, wie es bei ihnen aufwärts geht, einer neuen, frohen Zukunft entgegen. Kein Papier, das Lüge und Wahrheit gleicherweise druckt, kein Rundfunksprecher, kein Propagandaredner wird mehr dazwischen sein: mit eigenen Ohren hören können, was dort ist! eigenen Ohren kören können, was dort ist! Und das ist schon der zweite Grund, warum ich unbedingt mit dabei sein will: selber prüfen, was Wahrheit ist, und was Verleumdung!

Doch weiter. Denken wir daran, wie fast täglich neue Meldungen in den Zeitungen stehen, daß amerikanische Besatzungssoldaten Deutsche überfallen haben. Denken wir daran, daß fünf Jahre nach dem Ende des Hitlerkrieges unsere Heimat noch immer von fremden Truppen besetzt ist und keinen Frieden hat. Denken wir daran, wie die deutsche Wirtschaft überall in Westdeutschland gehindert wird. Wo sie als Konkurrenz der Westmächte auftritt, wird sie schonungslos gedrosselt. Denken wir an die Demontagen, denken wir an das französische Projekt, am Oberrhein einen Seitenkanal zu errichten, der den Grundwasserspiegel wieder erheblich senken würde. Die Folgen davon sind noch gar nicht abzusehen. Unsere herrlichen Wälder, unsere Felder, die uns Arbeit und Brot geben, sollen sie vertrockenen?

Wir wollen keine Kuli sein

Wir sind rechtlos geworden in unserem eigenen Land. In Westdeutschland werden wir schonungslos wie Kulis, wie Negersklaven in Amerika behandelt.

Auch darum will ich nach Berlin! Ich will dorthin, weil unsere Heimat endlich wieder frei werden soll! Weil deutsches Recht in Deutschland gelten soll! Weil die fremden Besatzungssoldaten unser Vaterland verlassen und ihm einen gerechten Frieden geben sollen! Wir wissen, daß in einem Teil Deutschlands andere Verhältnisse sind als in Westdeutschland. Wir wissen, daß dort eine Regierung besteht, die wirklich eine deutsche Regierung ist. Was sind dagegen die Bonner Herren für jämmerliche Marionetten! Sie tanzen nach der Pfeife der Hohen Kommissare. Sie verschachern rücksichtslos die Ruhr, die Saar, die deutsche Wirtschaft, die deutsche Selbständigkeit. Alles geben sie an ausländische Kapitalisten, wenn sie nur ihre Posten behalten. Nun, ja, diese Posten sind ja auch recht lohnend. Der Herr Bundeskanzler Adenauer zum Beispiel erhält allein einen komenden Krieg zu opfern, die deutsche Gehalt von 45 000 DM jährlich. Aber das ist natürlich für einen Befehlsempfänger der Alliierten noch nicht genug. Drum stehen ihm noch weitere 174 000 DM „zur Verfügung." Nicht wahr, westdeutscher Arbeitsloser, so ungefähr hast du dir dein Einkommen auch vorgestellt?

„Deutschland, einig Vaterland"

Aber wie lange sollen diese Herren noch das Recht haben, im Namen des deutschen Volkes Deutschland Stück für Stück zu verkaufen? Auch darum, zum Protest dagegen, will ich Pfingsten nach Berlin. Denn wir wissen, daß es kein besseres Leben für das deutsche Volk gibt, solange die Westmächte bei uns noch wie in einer Kolonie hausen können. Besser wird es uns erst gehen, wenn Deutschland wieder ein einziges Land ist, wenn Ost und West sich brüderlich die Hand reichen und ein neues Leben aufbauen, nachdem sie die Schmarotzer und Verräter verjagt haben. Darum wollen wir, die deutsche Jugend, uns schon Pfingsten die Hand reichen, und zum Ausdruck bringen, daß wir nie auseinandergerissen werden können, daß wir unzertrennlich zusammengehören.

Und denken wir wieder zurück. Fünf Jahre sind es her, seit die letzten Granaten pfiffen. Fünf Jahre, seit die letzten Bomben fielen. Noch heute sind junge Menschen als Folge davon in Kriegsgefangenschaft. Doch schon aber sprechen die wahnsinnigen, profitgierigen Großindustriellen von einem neuen Krieg, in dem sie wieder Millionen an dem Blut unserer Söhne, Brüder und Väter verdienen würden. Der Bundeskanzler Adenauer erhob kürzlich seine Stimme, um vor aller Welt zu fordern, daß deutsche Jungens in einem kommenden Krieg mitmarschieren sollen. Und ein führender Politiker Amerikas brachte zum Ausdruck, daß es dumm wäre, die amerikanische Jugend in einem kommenden Krieg zu opfern, die deutsche sollte Kanonenfutter sein.

„Unser Glück auf dem Frieden beruht

Wir müssen den Kriegstreibern in den Arm fallen! Sie zögern nicht die Welt in neues, namenloses Elend zu stürzen, denn sie fühlen, daß ihre Stunde geschlagen hat, und genau wie Goebbels, wollen sie, daß, wenn es ihnen schon nicht gelingt, ihren Untergang aufzuhalten, wenigstens Millionen Menschen mit ihnen zugrunde gehen sollen.

Deshalb müssen wir ein für allemal mit all unserer Kraft NEIN sagen zu diesen Wahnsinnsplänen. Es darf keinen deutschen Jungen mehr geben, der dem Befehl der Generale folgt und auf die Soldaten jenseits der Front schießt, die genau so arme Schlucker sind wie wir selbst. Gerade darum will ich nach Berlin. Denn dort werden sich 500 000 junge Deutsche zum Frieden bekennen, zur Freundschaft mit allen Völkern. Und wenn diese 500 000, vereint mit der Kraft der fortschrittlichen Jugend der ganzen Welt, die auch in Berlin vertreten sein wird, entschlossen den Kampf aufnehmen für den Frieden dann werden wir es verhindern können, daß die Zahl derer, die an den Straßenecken um jämmerlicher Bettelgroschen willen Drehorgel spielen, nicht noch größer wird.

Es gilt, das Deutschland-Treffen der Jugend zu einer mächtigen Kundgebung der deutschen Jugend zu machen. Zu einer Kundgebung der Jugend aller Anschauungen und jeglicher Konfession. Zu einer Kundgebung des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern. Es gilt, vor aller Welt kundzutun, daß die deutsche Jugend vereint in einem einigen, freien, demokratischen Deutschland leben will. Es gilt, zu kämpfen für unsere eigene, bessere Zukunft, für unser Leben, gegen Arbeitslosigkeit und Not, für Aufbau, Arbeit, Brot!

Deshalb kann es Pfingsten 1950 nur eine Parole geben:

Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend nach Berlin!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg